

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 29, Winterfeldtstr. 24
Fernsprecher: Amt VI, Nr. 6188
Redakteur: Emil Dittmer

Wort:
Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Mutterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld)
2 Mk. — Postzeitungssätze Nr. 3161

Die Werbearbeit für unsere Organisation.

Der Winter ist ein rechter Mann,
Mernstest und auf die Dauer.

Alle Jahreszeiten haben ihre guten und ihre schlechten Zeiten. Doch für den Winter die schlechten überwiegen, ist außer Frage — wenigstens für die arbeitende Bevölkerung. Sie hat weder Zeit noch Geld, allzuviel Feste zu feiern, die bei den bestehenden Klassen in den Wintermonaten so beliebt sind. Aber sie kann — mehr noch wie in der Sommerzeit — für Aufklärung der Berufskollegen, für intensivere Agitation und Organisation sorgen.

In weiten Bezirken des Deutschen Reiches hat unsere Bewegung noch keinen Fuß zu fassen vermocht. Gleich dem winterrlichen Schneefeld, in das keines Menschen Spur einen Weg weist, liegen größere und kleine Orte da, die noch „unberührt“ von der agitatorischen und organisatorischen Arbeit unseres Verbandes verblieben sind. Hier wird mehr wie bisher eingedrungen sein.

Aber auch die gewonnenen Positionen in unseren Verbandssitzungen bedürfen der Ausdehnung, der Verstärkung. Nicht noch ebensoviel an Mitstreitern, wie wir zurzeit zählen, können gewonnen werden in allen größeren Orten, wo unsere Bewegung nun seit Jahren ihren Einfluß zur Geltung zu bringen wußte.

Dazu bedarf es aber einer Schar eifriger, bereitwilliger und zielbarer Kollegen, die gewissermaßen als Pioniere in ihrer Werbearbeit planmäßig und geschickt vorgehen. Im Nachfolgenden soll nun versucht werden, einige Anhaltspunkte hierfür zu geben. Nichts liegt uns allerdings dabei fern, als etwa Schulmeisterei betreiben zu wollen. Die Agitation ist ein Gebiet von so vielfältigen Möglichkeiten, daß man es ganz gewiß nicht in ein Schema pressen kann. Man darf sogar getrost den Satz aufstellen: Je individueller die Agitation, desto wirksamer! Das kann aber nicht hindern, einige Grundsätze und Forderungen aufzustellen, die dringendste Beachtung verdienen.

Es wird dabei nicht zu vermeiden sein, an anderer Stelle bereits Gesagtes zu wiederholen bzw. „Selbsterklärend“ leiten“ anzuführen, die — für alle wie neue Mitglieder zu überzeugen sind.

I. Grundsätze der modernen Gewerkschaft.

Wollen wir in der Agitation mehr wie Augenblickserfolge erzielen, so muß das anzuhaltende Gebäude ein festes Fundament erhalten. Dieses Fundament kann aber nur durch Klarlegung unserer grundsätzlichen Auffassung erreicht werden. So berechtigt und notwendig also eine Erklärung über die Leistungen und Grundgedanken unseres Verbandes — in, ne heißt doch erst an zweiter Stelle. Die auf Basis des unmittelbaren Vorteil, gewonnenen Mit-

glieder sind nur zu leicht geneigt, beim nächsten Festschlag — oder falls auch nur die eingetretene Verbesserung nicht ganz ihren Erwartungen entspricht — wieder abzupringen. Oder es kommt vor, daß diese Art Mitglieder uns nach einem vollen Erfolge verlassen mit der „treuerberzigen“ Erklärung: „Wir haben ja erreicht, was wir wollten!“ Ebenjowenig sind die Unterstützungseinrichtungen unseres Verbandes Selbstzweck. Sie dienen vornehmlich dazu, den Mitgliedern einen gewissen Rückhalt zu geben. In Fällen von Maßregelung, Arbeitslosigkeit, Krankheit und Not sollen sie die größten Schäden mindern und in den notwendig werdenden Arbeitskämpfen hilft die Streikunterstützung unseren Kollegen über das Darben der Familie hinweg.

Wie lauten also unsere gewerkschaftlichen Grundsätze?

Die Bewertung der menschlichen Arbeitskraft darf weder dem einzelnen Unternehmer noch dem jeweiligen Stande des Arbeitsmarktes überlassen werden. Der einzelne Arbeiter ist aber im jetzigen kapitalistischen Zeitalter in der Regel außerstande, einen nennenswerten Einfluß auf die Gestaltung seiner Lohn- und Arbeitsbedingungen zu gewinnen.

Nur durch den Zusammenfluß in der gewerkschaftlichen Organisation vermag der Arbeiter seine Ware Arbeitskraft im Preise zu steigern!

Aber mehr noch: Die Gewerkschaft vermag in ihrem andauernden Kampfe gegen das Unternehmertum — seien es Privatunternehmer oder Stadtgemeinden — mitbestimmend auf das ganze Arbeitsverhältnis einzuwirken und so (wenn auch vorerst nur indirekt) auf die demokratische Ausgestaltung des Produktionsprozesses mehr oder minder hinzuwirken.

Die Gewerkschaft wirkt in hohem Maße erzieherisch auf Unternehmertum und Arbeiterheit und bereitet den Boden für eine Neugestaltung der Wirtschaftsverhältnisse im Sinne fortschreitender Demokratie in Fabrik, Gemeinde und Staat.

Die Gewerkschaft sorgt insbesondere auch für Aufklärung und Belehrung ihrer Mitglieder und sucht durch Pflege des solidarischen Gedankens das Pflicht- und Verantwortlichkeitsgefühl des einzelnen zu steigern, den Kleinlichen Egoismus, der sich auf Kosten seiner Kollegen Vorteile verschaffen möchte, zu bekämpfen.

Die Gewerkschaft bereitet so ein Bewußtsein selbstbewußter und energhischer Kämpfer vor, die der fortschreitenden Kultur die Wege bahnen helfen.

Die moderne Gewerkschaft muß endlich durch ihre selbstständigen Zentralinstanzen (Generalkommissionen, Gewerkschaftsverbände, internationale Konferenzen usw.) die für die Allgemeininteressen der arbeitenden Arbeiterheit notwendigen Richtlinien zu finden, um die Emanzipation der arbeitenden Klassen aller Länder vorzutreiben.

Diese Mängelheiten, wenn man will theoretischen Darlegungen lieber sich weiter anschauen und vertiefen. Doch es mag vererbt genug sein. Trägt die Agitation in vorerster der oder ähnlicher Weise grundsätzlichen Charakter, so wird sie vielleicht nicht gleich jeden Engstirnigen und Rückwärtigen zu uns heranziehen; aber sie wird fernfest und auf die Dauer sein! . . .

Wir sprechen von der Vorbereitung zur fortschreitenden Demokratie. Einweilen sind allerdings die Ansätze zu einer wirklich ausgeübten Demokratie noch recht wenig zu spüren. Das kann uns natürlich nicht hindern, diese Forderung anzustellen. Nur so wenig, als in unserem ganzen gewerkschaftlichen Organisationsorganismus die Demokratie seit Jahrzehnten mit glänzendem Erfolge durchgeführt ist. Zugabe, daß sich hier und da einzelne Ansätze gezeigt haben aus mißverständlicher Anwendung des demokratischen Prinzips. Worüber aber viel eher zu klagen wäre ist: Das mitunter noch fehlende volle Verständnis für demokratische Einrichtungen und ihre Verwirklichung.

Was ist Demokratie im Gewerkschaftsleben?

Die Gewerkschaft hat sich in ihren Statuten und sonstigen Beschlüssen selbst Gesetz geschaffen, die jedes Mitglied bis zur Un- oder Mangelhaltung respektieren muß. Das soll natürlich niemand abhalten, an verächtlich erscheinenden Beschlüssen Kritik zu üben und für eine anderweitige Beschlusfassung Propaganda zu machen. Aber — und hierin wird zuweilen gefährdet — solange einmal Beschlüsse bestehen, müssen sie durchgeführt bzw. befolgt werden. Das Gleiche trifft auch für örtliche oder Momententscheidungen zu. Nun kann es ganz über vertunnen, daß auch einmal der gefällte Beschlus unrichtig und die Einzelmeinung richtig ist. In solchen Fällen wird es gewiß dem einzelnen schwer, „sich zu fügen“. Solange es sich dabei um allg. meinel. Maßnahmen usw. handelt, mag man sich mit dem besagten Beschlusse Worte Auers trösten, dreht es sich aber nur die persönliche Ueberzeugung an, die von dem Beschlusse betroffen wird, so braucht man deswegen nicht allein still zu stehen, sondern dann soll man in möglichster leiblicher Form, aber unter Wahrung aller bestehenden Verbindlichkeiten oder sonstigen Pflichten seine Ueberzeugung bis zum äußersten verteidigen. Ein so geübter Menschensinn ist natürlich nicht unüblich und kommt gerade im Rahmen unseres demokratischen Systems zur Geltung.

Und noch eines: Wir Arbeiter haben gewiß nicht nötig, in der vedantischen Manier über „Wohlstandsländigkeit“ auf den „guten Teuf“ herabragendes Gewicht zu legen. Das bedeutet aber noch lange nicht: Verneinung der Tatsachen durch persönliche Unterstellungen, Behauptungen, Drohungen, Hinweis auf die Unabhängigkeit und dergleichen. Hier gibt's noch manderlei zu bessern in der deutschen Arbeiterbewegung, und wenn wir auch in unserem Verbände vernünftig nichtmäßig frei davon geblieben sind, hin und wieder fällt doch noch ein steilge aus der Rolle und verwehrt strittföherer mit stritt!

Um den vorerwähnten Rahmen nicht zu weit zu spannen, müssen wir im Moment davon absehen, auf die Einzelheiten unseres demokratischen Verwaltens und Organisationswesens näher einzugehen. Nur so viel sei noch gesagt: Nichts in einem tüchtigen Gewerkschaftler unwürdiger, als das Monate oder gar jahrelange Kaotragen eines Vorganges, bei dem dieser oder jener, diese oder jene Gewerkschaftsinstitutionen gefest haben soll oder gefest haben mag. Nur die Gegenwart und für die Zukunft kämpfen wir! Aus der Vergangenheit nehmen wir nur das Gute! Nichts als das Beste! Das muß zu feststehendem Grundsatz werden.

Eine Forderung, die von unseren demokratischen Einrichtungen nicht zu trennen ist, steht in der gewerkschaftlichen Disziplin.

Was ist gewerkschaftliche Disziplin?

Zunächst: Sie ist kein Kadavergehorsam und kein Einheitsdenken nach militärischem Muster.

Die gewerkschaftliche Disziplin verlangt, daß sich der einzelne zum Wohle des Ganzen unterordne, daß die einzelne Berufsgruppe oder Zirkel den Gesamtinteressen Rechnung trägt und nicht Beschlüsse faßt, die die Interessen der Verbände gefährden. Die Disziplin läßt sich vielleicht besser in die Fassung fassen: gewerkschaftliche Schulung, mein Drummer und Trüber, sondern ein internationalisiertes gemeinsames Arbeiten unter Berücksichtigung aller Möglichkeiten und Möglichkeiten. Wie oft werden Führer der deutschen Gewerkschaftsbewegung noch in den eigenen Reihen bekämpft, nur weil sie Beschlüsse demokratischer Körperschaften durchzuführen hatten. Und wie werden sie mitunter bekämpft! Doch dies Kapitel ist bezüglich als „Mindertraubheit“ anzusehen, es wird im Laufe der Weiterentwicklung schwinden.

So verfehlt es wäre, irgendwelche Autoritätsmaße in der Gewerkschaftsbewegung aufkommen zu lassen, so wenig können die Führer — und zwar vom Betriebsvertrauensmann bis zur höchsten Stelle, die eine Gewerkschaft zu vergeben hat — des Vertrauens entbehren. Es müssen bei ihnen die gleichen uneigennütigen und vom Gesamtwohl der Interessen vorangesetzt werden, wie sie jedes andere Mitglied für sich in Anspruch nimmt. Nicht minderen, sondern gleichen Rechts in jeder Frage sind auch die Führer einer Gewerkschaft. Das mag freilich in der Theorie niemand zu bestreiten, nur mit der Anwendung in der Praxis hängen's zuweilen.

Wir wollen diese hier unerläßlichen grundsätzlichen Darlegungen nicht abschließen, ohne die Frage kurz zu beantworten:

Wie erwirbt man sich eine selbständige Auffassung von der Gewerkschaftsbewegung und von gewerkschaftlichen Einzelfragen?

Darauf sei es ein Bademeister (Schüler) geben zu wollen, das nun für jeden das Richtige trifft. Nur soviel: Durchbringe Studieren der gesamten Gewerkschaftsbewegung (Geschichte, Theorie und Praxis des In- und Auslands) reinen wir nur zum Teil in das Wesen der Gewerkschaft einzuordnen. Die immer unermesslicher werdende Literatur auf diesem Gebiet ist allerdings von dem einzelnen schwer zu bewältigen. Unsere großen Zirkel haben deshalb mit gutem Erfolge zum Teil Unterrichtsstufe für die Vertrauensvertrauen und Agitationskommissionen eingerichtet, die eine gewisse Systematik in den Stoff bringen und das Entschließen anleiten. Auf diesem Gebiet wird weiter zu arbeiten sein. Nur denjenigen aber, dem die sturbe aus irgendwelchen Gründen nicht zugänglich sind, verbleibt nur das Selbststudium an Hand einer sorgfältig ausgewählten Lektüre. Wir gedenken später einmal einige Hinweise zu geben.

Unsere Bewegung ist alles in allem genommen — in erfreulichem Auftrieb begriffen und selbst die gegenwärtigen überaus kritischen Zeiten bringen uns fortgesetzt neuen Zuwachs. Sorgen wir in den kommenden Wintermonaten für größere Fundamentierung und Erweiterung des Organisationswesens. Jeder kann dazu beitragen, wenn er sich in den Dienst unserer Sache stellt. Hervorragende Vorkämpfer aber wird ihm möglich sein, wenn er sich selbst bereit macht und die Agitation nach den Gesichtspunkten betreibt, wie sie hier vorerwähnt sind.

Jedem Arbeiter, ob organisiert oder nicht, müssen die gegenwärtigen Wirtschaftskrisen, die immer die Anspannung der Steuerfahne, die Wut der herrschenden Gewalten auf politischem Gebiet zu denken geben.

Wohlan, wir wollen das Eisen schmieden, solange es warm ist!

Die Gewerkschaften und die Gemeindewahlen.

Die sachgemäße Arbeitsteilung innerhalb der Arbeiterbewegung hat den Gewerkschaften im wesentlichen wirtschaftliche Aufgaben: den Kampf gegen das Unternehmertum und die gegenseitige Unterstützung in den Wechseln des proletarischen Tages zugeleitet, während die politische Arbeit der sozialdemokratischen Parteiorganisation zugefallen ist. Und diese Teilung der Geschäfte erschöpft die Verschiedenheit der beiden Organisationsformen nicht. Die Partei vertritt die arbeitende Bevölkerung als Staats- und Gemeindeglieder. Sie gliedert sich demgemäß rein territorial, ohne Rücksicht auf die Berufsgliederung, ja, ohne sich ausschließlich aus Lohnarbeitern zu rekrutieren. Tugenden sind die Gewerkschaften reine Lohnarbeiterorganisationen, für deren Gliederung die Berufseinteilung, als Grundlage sachkundiger und geschlossener Aktion, maßgebend ist. Trotzdem wird diese naturgemäße Abgrenzung nicht selten durch die Bedürfnisse des Arbeiterlebens durchbrochen. Wie die Partei sich nicht auf die rein politische Tätigkeit beschränkt und neben ihren Versammlungen und Wahlaktionen nach Bedürfnis auch die Mittel des wirtschaftlichen Kampfes (Kontak) und der Errichtung eigener Betriebe anwendet, so ergibt sich aus den engen Beziehungen zwischen wirtschaftlichen und politischen Angelegenheiten auch die Teilnahme der Gewerkschaften am politischen Leben. Die Wahlen zu den Gewerbegerichten und den Organen der Arbeiterversicherung werden von ihnen besorgt. Und wie die Demonstration der Arbeiter, die mächtige und schwer zu handhabende Waffe des Massenstreiks in erster Linie auf gewerkschaftlicher Aktion beruht, ist allgemein.

Aber auch an den Wahlen zu den politischen, mit Gesetzgebung und Verwaltung betrauten Körperschaften in Staat und Gemeinde sind die Gewerkschaften aufs lebhafteste interessiert. Nicht nur, weil das Endziel der gesellschaftlichen Produktionsweise beiden Organisationsformen gemeinsam ist, weil es in der Hauptfrage doch dieselben Leute sind, die hier als Gewerkschafter, dort als politisch wirkende Sozialisten den proletarischen Klassenkampf führen. Auch die speziell beruflichen Lohnarbeiterinteressen werden von den Fragen, die bei diesen Wahlen zur Entscheidung stehen, aufs innigste berührt. Die Dauer des Arbeitstages, der Lohn gegen Verdienst, Koalitionsrecht, Unfallversicherung und Versicherungsweisen — zahllose Angelegenheiten, die mit der speziellen Gewerkschaftsarbeit im engsten Zusammenhang stehen, werden dort, wo nicht entschieden, so doch erheblich beeinflusst. Wenn die Berufsorganisation als Wahndominus des Arbeiterstandes und höchste Gewähr seiner Verwaltung einen Schwerpunkt ihrer Aufgaben zu erfüllen hat, so ist es für sie natürlich von größter Bedeutung, wie die beschreibenden und Verwaltungsamte sich zu diesen Angelegenheiten stellen.

Von besonderer Wichtigkeit ist darum die Zusammenfassung der Gemeindevorteilungen. Zwar das nächstliegende gemeinsame Interesse: die demokratische Organisation der Selbstverwaltung in unseren Städten, als Grundlage der großen Volksgemeinschaft, die Gewerkschaften und Gemeinde aufs engste verbunden mußte, fehlt in Deutschland fast allerwärts. Die Gemeindeverwaltung ist ein Mittel der Klassenherrschaft; die auf die Herrschaft des Kapitals, insbesondere des Monopolkapitalismus gezielte Gemeindeverschöpfung macht die Arbeiterklasse auch politisch zur untersten. Aber dennoch ist es auch heute schon möglich, einen gewissen Einfluß auszuüben. Und wenn auch ausgeglichene Wahlsysteme den Volkswillen verflüchtigen darstellen und den proletarischen Einfluß in enge Grenzen bannen, so hängt doch auch hier viel von unserer eigenen Weisheit ab. Je größer und besser organisierte Massen hinter unseren Vertretern stehen, je mehr Schritte und schließlich Ober auch auf dem Gebiete der Gemeindepolitik in diesen Wahlen leben, um so größeren Einfluß werden die Vertreter, seien sie auch selbst nur ein kleines Häuflein, auf den Rathhäusern erlangen.

Und die Dinge, die dort zu entscheiden sind, haben die größte Wichtigkeit auch für die Gewerkschaften als Vertreterinnen der produzierenden Berufsarbeiter.

Die Gemeinde ist selbst Arbeitgeberin, oft die größte am Platze. Dadurch übt sie unmittelbar den größten Einfluß auf Lebenshaltung und Lebensgestaltung zahlreicher Arbeiter. Wie oft gilt es noch, diesen das Koalitionsrecht und eine wirksame Vertretung den Betriebsleitungen gegenüber zu sichern. Wie oft sind die Gemeinden hinter ihrer Pflicht der Schaffung müßiger Arbeitsbedingungen weit zurückgeblieben. Wie selten ist der Genuß der Wohlfahrtsanstaltungen den Arbeitern rechtlich sichergestellt. Darum gilt es in erster Linie, die Arbeiter und Unterbeamten der Gemeinde aufzumuntern, aus der zagen Angst vor den Vorgesetzten, ihnen zu zeigen, daß im

enigen Zusammenfluß mit ihren Klößengenosien auch sie im Wahlrecht eine Macht leisten. Und noch weiter erstreckt sich die indirekte Einwirkung der Gemeinde auf das Arbeitsverhältnis. Das zeigt sich in den jüden Bedenken der bürgerlich in Gemeindevorteiler, daß die Gemeinde etwa die privaten Arbeitsbedingungen zumungunsten der Unternehmer beeinflussen könnte. Noch größer kann dieser Einfluß sein bei der Vergabung von Gemeindegeldern. Man denke an die „umständliche Lohnaufseher“ auf der einen, die Streiklaufel auf der anderen Seite, die Möglichkeit der Sicherstellung des Koalitionsrechts und der Tarifabschnadungen durch die ihrer sozialen Aufgaben bewusste Gemeinde als „Mundin“. Und nicht allein als Steuerzahler und Bürger — auch als Lohnarbeiter hat der Gewerkschafter ein Interesse daran, daß die Betriebe, die dem öffentlichen Bedarfs dienen, der Ausnutzung durch das private Unternehmertum entzogen werden, daß dem forumpierenden System der Vergabung öffentlicher Arbeiten an Gemeindevorteiler ein Ende gemacht wird. Die Weisung des ausbeutenden Zwischenunternehmertums bei Bauarbeiten, die Beschaffung angemessener Schutz- und Unterlunftsrichtungen für Bau-, Hafenarbeiter und andere liegt zum größten Teil in den Händen der Gemeinde.

Damit hängt eng zusammen die Fürsorge für den Bauarbeiterstand überhaupt, ebenso die Förderung der Tätigkeit der Gewerbeaufsichtsbeamten, die Durchführung des Löhner-, des Handlungsgeldens, des Kinderzuschusses usw. dort, wo die Gemeinde selbst die Polizeigewalt handhabt.

Die Einrichtung von Gewerbegerichten in kleineren, die Besetzung des Vorsitzes, von der die Art der Wirksamkeit von Gewerbegericht und Eingangsamt zum großen Teil abhängt, liegt an allen Orten gleichfalls in den Händen der Gemeindeverwaltung. Nicht minder die Schaffung und Verwaltung des kommunalen Arbeitsnachweises, der ja am zweckmäßigsten mit dem Gewerbegericht und der Vertretervertretung in Verbindung gebracht wird. So sehr wir grundsätzlich immer wieder betonen müssen, daß der Arbeitsnachweis von Rechts wegen in die Hände der Arbeiter gehört, so wissen wir doch auch, wie schwer es zumeist ist, dieser Forderung Geltung zu verschaffen. Und heute, in der Krise, da das mächtig organisierte Unternehmertum alles daran setzt, den Arbeitsnachweis als Mittel zur Vernichtung der Organisation der Arbeiter in seine Hände zu bekommen, wird es wieder eine Gegenaktion der Arbeiter sein müssen, durch Förderung allgemein, nennmöglich obligatorischer Gemeindevorteiler auf paritätischer Grundlage diesem Mißbrauch der Unternehmerrmacht entgegenzutreten.

Eng mit der Regelung des Arbeitsnachweises und der dadurch erzielten Heberndt über den Arbeitsmarkt hängt die Fürsorge für die Arbeitslosen zusammen: sei es durch Beschaffung anderweitiger Arbeitsgelegenheiten (Notstandsarbeiten), sei es durch Unterstützung der gewerkschaftlichen Selbsthilfe durch die Gemeinde („Genter Enten“), wie es unter anderem durch den Einfluß unserer Gemeindevorteiler auch in Straßburg i. E. eingeführt worden ist. Dazu kommt die Fürsorge für Wandende, die Schaffung menschenwürdig eingerichteter und verwalteter Hütten für Obdachlose. Gewiß werden die höher qualifizierten und besser organisierten Arbeiter von diesen Fragen nicht so nahe berührt wie jene, zum „faulen Stand“ gezählten Kerntenen der Armen, die immer am Rande des völligen Verfalls stehen. Aber wir wissen auch, daß in der heutigen Gesellschaft keinem Arbeiter eine Gewähr für die dauernde Erhaltung seiner etwa erworbenen Verhältnisse geboten ist. Und die deutsche von der Erkenntnis und den Idealen des Sozialismus erfüllte Gewerkschaftsbewegung hat sich immer als die Vertreterin nicht der leugnigsten „Arbeiter-antifratie“, sondern als Vertreterin der gesamten und gerade der ärmsten und gedrücktesten Arbeiterklasse bekannt und betätigt.

Von größter Bedeutung ist die Haltung der Stadtverwaltung auch für die Krankenversicherung. Die Weisung der höchsten Gemeindevorteiler, der Zusammenfluß zu leitungs-fähigen allgemeinen Krankenanstalten; die Ausdehnung der Versicherungsfrist auf hausindustrielle, landwirtschaftliche Arbeiter und andere; die ganze Heberwadung des Krankenversicherungswesens; alles liegt in den Händen der Gemeindeverwaltung oder wird doch stark von ihr beeinflusst. Wie wichtig diese Fragen für den Lohnarbeiter sind, bedarf keiner weiteren Erörterung.

Grundsätzlich entscheidet die Gemeinde durch Ortsstatute, durch Nordhaltung der Schulverwaltung und der Polizeigewalt über Fortbildungsschulen, Lehrlingsfürsorge, Lohnabzugsstellen und anderes. Auch die Regelung des Verkehrswezens, die öffentliche Gesundheitspflege, die Wohnungsfürsorge und die Beschaffung von Mäumlustzeiten ohne Vergehwang, Gewährung von

Bildungsgleichheit und Steuerpolitik: überall ist nicht allein der Gemeindevorsteher als solcher, nein, auch der Arbeiter und der Gewerkschaftler aufs lebhafteste interessiert. Überall sehen wir die Partei, an deren es angeht, nicht gilt, mit die Gemeinde aus einer Schwärze der Unwissenheit herauszuführen in eine Ströme der klaren Erkenntnis zum Wohle der arbeitenden Bevölkerung. Und die Gemeinde ist ein wichtiger Ausgangspunkt für die Umgestaltung des ganzen Wirtschaftslebens im Sinne der gerechten Forderung der Gerechtigkeit, die von den Gewerkschaften wie von der Partei ausgeht.

Denn in der Wahl jedes einzelnen Gewerkschaftlers, auch bei den Ortsverbänden, zu gewinnen und mit aller Kraft zu wirken für die Sache der Arbeiter durch Wort der Vertreter unserer Interessen.

Die „große“ Reform der städtischen Arbeiterverhältnisse in Frankfurt a. M.

III.

Es leben die Arbeiter! Es zeigt, wie durch das Zuteilen der reichhaltigen und herrlichen Vorteile, die höchste Arbeiterkraft in zwei Stufen geteilt ist, was die Einzelnen und die Gesamtheit der städtischen Arbeiter nicht zu einem lebhaften und zielbewußten Kampf werden.

Denn war es aber dem Arbeiter noch nicht genug, und es wurde noch eine dritte Klasse nicht geschaffen: die vertragmäßige angelernten Arbeiter, in welche eine getrennte Schichtgruppe geschaffen werden soll. Bei der Schaffung dieser Arbeiterklasse wurde Bezug genommen auf einen Antrag des „Arbeitervereins“ und des „Arbeitervereins“ vom 1. April 1908, welcher lautet: „Der Arbeiter wird durch das städtische im Dienste der Straßenbahn stehende Personal vom 1. April 1908 an durch geschlossenen Vertrag angestellt.“

Diese drei Klassen haben seit einiger Zeit ein ganz besonderes Interesse an der Straßenbahn an den Tag gelegt und als Beweis seiner großen Hingabe für dieselben, kam denn diese Klasse, welche auch von der Stadtverwaltung anerkannt am 8. Oktober v. J. zum Vorschein, erhoben wurde.

Die Arbeiter aber, die das eine vollkommenste Gelingen war, ging noch weiter und schuf diese vertragmäßige Anstellung auch auf die anderen Parteien aus. Jedoch wurde seitens des Magistrats der Heilmann diese Arbeit in das Dienst-Planenverhältnis einfließen.

Bei den städtischen Arbeiterangehörigen Anstellungen können nur die Arbeiter der 1. und 2. Kategorie der Allgemeinen Arbeiter, das heißt, die Arbeiter der Straßen- und Bahnanlagen und die Arbeiter der Straßenreinigung und Straßenreinigung sein. Alle anderen Arbeiter der städtischen Arbeiter sind auch nicht mehr vorhanden, sondern eine neue Teilung vorgenommen, indem die Arbeiter der 1. und 2. Kategorie, also für alle Arbeiter der städtischen Arbeiter angeordnet sind.

Die Arbeiter der 1. und 2. Kategorie sind im geschlossenen geschlossenen Vertrag. In den Anstellungsbestimmungen heißt es dazu: „... Es sind aber nur solche Arbeiter vertragmäßig anzustellen, die durch Kraft und gute Führung sich dauernd bewähren und darzulegen haben, daß sie für ein geschlossenes Anstellungsverhältnis geeignet erscheinen.“ Die Angestellten müssen sich also demnach demnach demnach und 10 Jahre lang ihre Pflicht zeigen haben, aber einmal zu streifen, um auch nur im Jahr im Anstellung zu haben. Wie es aber diese 10 Jahre nicht verstreicht, sich mit dem geschlossenen Vertrag bei der Stadt Anstellung durchzuführen und sich auch nicht alle und jede Behandlung seiner Rechte und Pflichten löst, das kann sich ein Stück durch die Rechnung gemacht werden. Obgleich bei der Durchführung im geschlossenen und geschlossenen Anstellung in den jährlichen Verträgen die Pflichten und ganz besonders, wenn der Arbeiter nicht schließt, um sich durch den geschlossenen Vertrag seine Arbeitkraft in 10 Jahren bewahrt sein. Ob er sich dann auch noch zu „vertragmäßigen Anstellungen“ eignet, darüber ist in den Bestimmungen nichts gesagt. Die Familien hingegen also ähnlich hoch und können auch noch anderen nicht verändert werden. Die Entscheidung darüber, ob die Anstellung noch geschlossenen im Dienst und Zufriedenheit verhandeln können, ist ein Stück von der geschlossenen Anstellung zu 10 Jahren, das ist.

Nur diejenigen gehen auch für die vertragmäßige angelernten Arbeiter die Bestimmungen der Arbeitsordnung. Alle Anstellungsfrist beträgt unter den in der Arbeitsordnung vorgeschriebenen Fällen

der sofortigen Entlassung, drei Monate. Zur Kündigung ist Amtsbeidtrag erforderlich.

Die Entlohnung erfolgt in voraus zahlbaren Monatslöhnen, welche auf den 26. bis 28. fachen Betrag der in der Lohnliste festgesetzten Löhne berechnet werden; der höhere als der 26fache Betrag ist nur dann zu gewähren, wenn teilweise Sonntagsarbeit zu verrichten ist, für welche dann Entlohnung nicht erfolgt. Wenn diese Berechnung in einzelnen Fällen zu Gärten führt, kann auch der 30fache Betrag des Tagelohns gewährt werden. Im Falle ist es aber vorzuziehen, daß der Jahresverdienst nach der vertragmäßigen Anstellung 5 Mk. geringer war als zuvor. Das nennt man dann auch noch „wirtschaftliche Überhöhung“ der Arbeiter.

außerdem sind die Mietzuschüsse für die vertragmäßige Anstellung auf die Höhe der Pensionen erhöht worden und betragen bei

1 bis 2 Kindern 50 Mk. jährlich 3 bis 6 Kindern 200 Mk. jährlich

3 „ 4 „ 140 „ 7 u. mehr „ 210 „

Der letzte Satz ist mit dieser Vorlage neu zur Einführung gekommen. Nicht man aber in Betracht, daß zum Teil nur Arbeiter im vorübergehenden Alter zur Anstellung gelangen, bei denen es kaum vorkommen dürfte, daß sie nach 7 oder mehr Jahren unter 16 Jahren kommen, dann ist es klar, daß gerade der höchste Satz in den allerersten Jahren zur Auszahlung gelangt. Bei den meisten wird es zutreffen, daß ihre Kinder ganz oder zum großen Teil diesem Alter erreichen und dann nichts mehr oder nur den niedrigsten Satz erhalten. Wie werden das an den Mietzuschüssen für die Arbeiter noch deutlicher nachweisen.

Ein Schritt weiter wie bei den übrigen Arbeitern ist man in Bezug auf die Fortzahlung des Lohnes gegangen, indem bei allen Arbeitsverhältnissen, sowie Straßensenen und militärischen Anstellungen der Lohn unter Bezug auf den Gehalt der Arbeiter aus Straßensenen usw. weiter bezahlt wird. Falls aber der Verleiher für eine Familie oder sonstige Angehörige nicht zu sorgen hat, fällt in Straßensenen bei Sozialversicherung die Zahlung weg.

Im weiteren kommen Arbeitsunterbrechungen während der vertragmäßigen Anstellung auf das pensionfähige Dienstalter nicht in Frage.

Im Ableben eines vertragmäßig angestellten Arbeiters erhält die Witwe oder seine ehelichen Angehörigen den Lohn bezug, die Pension für drei auf den Sterbemonat folgende Monate werden.

Das sind also die Vorteile, welche dieser geschlossenen dritten Kategorie durch die Anstellung zuteil werden und welche noch die Arbeiter der 1. und 2. Kategorie der Allgemeinen Arbeiter, die Arbeiter der 1. und 2. Kategorie, selbst tragen müssen. Überdies konnten sich doch wohl die Verwaltungen nicht managen, als daß sie den Arbeitern auch noch die Kosten für die Anstellung ausbezahlen, zumal sie ja die Anstellung gar nicht selbst belegen haben. Diese ist vielmehr aus ganz anderen Gründen erfolgt, und zwar, um sich in allen Verträgen eine Anzahl geschlossener Arbeiter zu schaffen, die man durch so vielfache neuer Anstellungen an der Pension teilnehmen hat. Auf dies will man sich dann freuen, wenn sich die bedeutende Ungleichheit bei den anderen einmal in der Anstellung der Arbeiter Anstellungen 1. und 2. Klasse zu machen droht. Ob das für die Dauer gelingen wird, wollen wir hier dahingestellt sein lassen. Das eine steht aber fest, daß die Arbeiter auch immer mehr dazu kommen, die neue Sozialpolitik nicht mehr nach ihrem eigenen Glanz, sondern nach der inneren Wahrheit zu beurteilen, und da kommt man gewöhnlich zu einem anderen Resultat. Auch wenn man die hier geschlossenen Bestimmungen für die vertragmäßig angestellten Arbeiter nach ihrer Wirksamkeit abwaagt, kann man zu einem anderen Schluß kommen, als daß sie kaum das erbracht, was für die gesamten städtischen Arbeiter Geltung haben müßte. Was nutzt es dem Arbeiter, wenn er auf sein eventuelles Alter dies und jenes in Aussicht nehmen bekommt, ohne die Gewerkschaft zu haben, welche in den Gewerkschaften zu gelangen und was die Hauptsache ist — wenn ihm in seinen jungen Jahren durch niedrigen Lohn und lange Arbeitszeit seine Arbeitskraft systematisch gequält wird? Sollen die Arbeiter einen den Verhältnissen entsprechenden Lohn, dann wären Anstellungen und Studium in deren Familien bedeutend geringer und ein guter Teil der ausgegebenen Summe würde an den Anstellungsgeheimnissen, Unterhaltungen und Pensionen wieder verschwand werden. Und wenn bei der Zahlung der Anstellungen der neuen Bestimmungen in der Arbeitsordnung auch gegeben werden, daß einige Verbesserungen geschaffen werden, so muß, doch erklärt werden, daß es nichts weiter ist, als scheinbare Arbeit, die nach außen hin einen großen Glanz bringt, in Wirklichkeit aber, nur dazu geschaffen wurde, um die Arbeiter über ihre traurige Lage hinwegzutäuschen und ihnen dann

die große Fürsorge seitens der Stadtverwaltung um so besser zum Ausdruck bringen zu können. Wir haben aber noch wie vor auf dem Standpunkt, daß den großen Pflichten, welche die städtischen Arbeiter in den verschiedenen Betrieben für die Allgemeinheit zu erfüllen haben, kein sozialpolitisches Geplänkel gegenüberstehen darf, sondern denselben Rechte eingeräumt sein müssen, Grund deren sie nicht ihr ganzes Leben lang von dem Wohlwollen des Magistrats und der einzelnen Verwaltungen abhängig sind, sondern an der Regelung ihrer Verhältnisse selbst mit Anteil nehmen können. Wenn dies geschieht, erst dann kann eine Stadtverwaltung als wirklich sozialpolitisch fortgeschritten gelten.

Aus dem Haushaltplan der Stadt Dresden.

Der „Dresdener Anzeiger“, das Amtsblatt des Rates zu Dresden, veröffentlichte jetzt den Haushaltsbericht über den Haushaltplan der Stadt für das Jahr 1907. Gerade gegenwärtig dürfte nach verschiedenen Seiten hin interessant sein, auf diesen Bericht etwas näher einzugehen. Gleich am Anfang heißt es wörtlich: „... der Abschluß auf das Jahr 1907 kann als günstig bezeichnet werden.“ Der Ueberschuß beträgt nämlich die ansehnliche Summe von 840 390 Mk. und wird gebildet aus 718 650 Mk. an Mehrerträgen infolge der verschiedenen selbständigen Unternehmungen, Steuern und Abgaben und weiter aus 121 730 Mk. Rinderbedarf bei den einzelnen Zubehörspositionen. So sind unter anderem weniger gebraucht worden beim Tiefbauamt, Straßenreinigung, Gartenanlagen und der öffentlichen Beleuchtung zusammen 76 215 Mk.

Am eindrucksvollsten haben sich wie immer die Gaswerke erwiesen. Nicht weniger als wie 2 018 000 stabilisierter Gas sind mehr abgegangen worden und die Stadtkasse konnte einen reinen Ueberschuß von rund und nett 2 495 650 Mk. einheimen. Das sind 218 577 Mk. mehr als wie erwartet worden war. ... Sehen Sie, das ist ein Geschäft, das bringt noch was ein.“

Nicht günstig hat auch das elektrische Kraftwerk abgekommen. Der Ueberschuß beträgt hier 965 452 Mk. Der Voranschlag ist dadurch um 210 408 Mk. übertroffen worden. Auch das Lichtwerk kam nicht mit seinem Ueberschuß leben lassen. 59 113 Mk. sind hier mehr Profit erzielt worden. Im ganzen beträgt der Ueberschuß 612 824 Mk. Diese drei Werke allein haben also dem Stadtkäse einen Profit von 6473 926 Mk. gebracht. Das ist gegen den Voranschlag ein Mehrertrag von 518 398 Mk. Doch damit sind die Ueberschüsse noch nicht alle angesetzt. Die Straßenbahn, die Markthalten und der Markthall, alle haben sie höhere Erträge erzielt.

Die Ertragsabgabe auf Verzehrungsgegenstände (Steuer) hat einen Reingewinn von 210 2084 Mk. ergeben. Der Bericht schreibt hierüber: „Der Ertrag läßt erkennen, daß im Jahre 1907 die bei mehreren Warengattungen eingetretene Preissteigerung zu einem weiteren Aufgange im Verbrauch geführt hat. Abgesehen von der Abgabe auf Mehl und Backwerk, die ein Mehr von 10 334 Mk. gebracht hat, sind alle Erträge hinter dem Voranschlage zurück geblieben. Es haben weniger ergeben auswärtig und hier gebranntes Bier, Weid, Geflügel, Fische, Kunstseide und Fleischart.“ Also auch hier eine Veranlassung für die Verschlechterung der Lebenshaltung! Infolge der Teuerung war die Bevölkerung, d. h. in erster Linie die Arbeiterklasse, gezwungen, mehr zu Brot und Mehl zu greifen.

Interessanter dürfte noch das Kapitel über die Pensionen, Ruhestands Unterstützungen und Hinterstützungen überhaupt. Insgesamt sind hier 667 523 Mk. verbraucht worden. Gezahlt sind 549 211 Mk. Pensionen, 10 440 Mk. Ruhestands Unterstützung und 25 872 Mk. Hinterstützungen. An ehemalige städtische Arbeiter, deren Witwen und Waisen, wurden 36 677 Mk. verausgabt. Wie die Dinge jetzt liegen, dürfte die Summe für Hinterstützungen in diesem Jahre bedeutend höher sein.

Doch wie dem auch sei, ungewissenhaft hat die Stadt im Jahre 1907 recht gut abgekommen. Sie anders leider bei den Arbeitern. Obgleich sie durch ihre Hände Arbeit zu einem sehr großen Teil zu diesen günstigen Ergebnissen beigetragen haben, ist doch ihr Anteil an der reinen Ausbeute ein recht geringer. Wenn auch einzelne durch Aufstiege in eine höhere Lohnstufe einen kleinen Mehrdienst erzielen, so sind im allgemeinen Gehältern der Löhne nicht erfolgt. Nach wie vor haben die Arbeiter bei den teureren Zeiten schwer zu kämpfen, um durchzukommen. Sie konnten eine wirkliche Erhöhung ihrer Löhne kaum irgend bekommen. Doch wie sagte der Stadtrat Dr. Dehne zu den Arbeiterparlamenten? Die Erhaltung der Löhne der Arbeiter, nämlich 1 20 Mk. Lohn, 9 stündige Arbeitszeit, ist nicht möglich, die Finanzlage der Stadt sei zu ungünstig! Trotzdem

drei städtische Werke allein schon 518 398 Mk. Mehrertrag aufweisen, soll es nicht möglich sein, den Anträgen der Arbeiter zu entsprechen. Man brauchte nur den Mehrertrag der drei Werke zu Vorkauflagen zu verwenden da könnte viel getan werden. Es ist ja in der letzten Zeit viel über die Finanzlage der Stadt geschrieben worden, alle möglichen Projekte hat man aufgestellt, um den infolge Wegfall des Dreiecks entstehenden Einnahmeausfall zu decken. Sich aber an den Arbeitertönen schadlos zu halten, ist jedenfalls das beste Mittel. Annehmend verhält man es aber, zu den Gaswerken, wo jetzt der Betrieb stärker wird, ist man recht zurückhaltend, mit der Einstellung von Arbeitern. Lieber läßt man die vorhandenen Ueberschüsse machen. An die Uebersetzung überzähliger Arbeiter des einen Betriebes an den anderen kann man sich, wie es scheint, recht schwer gewöhnen. So sind jetzt bei Wasserrohrlegungsarbeiten eine Anzahl Leute entlassen worden, während in den Gaswerken fremde Leute eingestellt wurden. Jetzt sollen nun diese Wasserwerksarbeiter 14 Tage oder länger warten, ehe sie an die Reihe kommen. Wir meinen, bei einigermaßen gutem Willen und rechtzeitiger Verständigung zwischen den einzelnen Werken ließen sich solche Zwischenfälle wohl vermeiden. Allerdings die fremden Arbeiter werden zum Anfangslohn von 35 Pf. eingestellt. Die von anderen Betrieben überwiesenen jedoch müssen ihren Staffellohn von vielleicht 38 oder 39 Pfennig erhalten. Und hier scheint der Hase im Pfeffer zu liegen!

Kommunalpolitik in Essen a. d. Ruhr.

Immer mehr und mehr geben die deutschen Städte dazu über, die Gasanstalten in eigene Regie zu übernehmen, soweit dies noch nicht geschehen ist. Es werden zu den Kautalanlagen oftmals hohe Summen in den Stadtverordnetenversammlungen bewilligt, um dafür dann die Arbeitsgewinne, welche noch teilweise von Aktienbesitzern eingekauft werden, den Stadtassen zuzuführen. Auch die Stadt Essen ist wohl im Besitze einer Gasanstalt, doch soll dieselbe, nach Ansicht einiger Stadtväter, nicht rentabel genug sein. Aus diesem Grunde besteht man seit November 1905 einen Teil des Gases (Zehengas), welches die Stadt verbraucht, von der „Zeche „Guthab“, die gehört dem reichen Herrn Stinnes. Das auf der städtischen Gasanstalt produzierte Gas, welches mit dem Zehengas vermischt wurde, bekam eine solche „Güte“, daß man hinaus den Kronleuchter aus dem Rathausaal entfernte und elektrisches Licht anlegen ließ. Uebrigens leistete sich die Bürgerklasse über das schlechte Licht, ganz abgesehen von dem Schaden, welchen diese Leute durch das Zerplatzen der Glühbirnen erlitten. Viele haben sich elektrische Beleuchtung anlegen lassen und bekommen das bis dahin wertvolle Gas aus dem Hause. Zu jeder Zeit hat die Stadt pro Tonne 2000 Kubikmeter Gas produziert in 24 Stunden, die Zeche „Guthab“ liefert 10 000 Kubikmeter in derselben Zeit. Berechnet man die Zahl der Essen, im November 1905 waren 12 Essen im Betrieb, so lieferte die Zeche seit die Hälfte des verbrauchten Gases. Für den Kubikmeter Gas zahlt die Stadt 2 1/2 Pf. an Herrn Stinnes. Wie jungen Leuten separat, es wurden 3 Pf. gezahlt. Obwohl den Arbeitern verweigert wurde, der Betrieb, also die Eigenproduktion, würde nicht eingeschränkt, es handelte sich nur um einen Versuch zur Sicherung der Gasanfertigung resp. der städtischen Beleuchtung, wurde die Eigenproduktion und mit ihr die Zahl der Arbeiter um die Hälfte reduziert. Die Leute wurden teils entlassen und gingen teils freiwillig. Hauptächlich mußten die organisierten Arbeiter springen, während die unorganisierten nach anderen städtischen Betrieben verteilt wurden. Das Gaswerk ist 1905 neu errichtet und besitzt noch Raum für 16 Essen, mithin kann das Werk nicht so altertümlich sein wie mancherorts behauptet wird. Im Jahre 1905 rechnete das Gaswerk, bevor es Zehengas bezog, mit einem Ueberschuß von 200 863,50 Mk. ab. 1906 dagegen mit einem solchen von 200 211,25 Mk. mit Bezug von Zehengas. Hierbei ist noch zu erwähnen, daß der Kubikmeter Gas 1905 14 Pf., 1906 dagegen 15 Pf. kostete. Außerdem als die städtischen das Gas teurer bezahlen mußten, hatte die Stadt einen Ausfall am Gewinn von über 30 000 Mk. zu verzeichnen.

Trotz dieser Erfahrungen hat es die Stadtverwaltung für nötig gefunden, eine zweite Leitung von der Zeche „Guthab“ anzulegen ebenfalls Stinnes nach der Stadt leiten zu lassen. Da man hat bereits die dritte Gasleitung von der Zeche „Garniep“ (gehört auch Stinnes) nach der Stadt an drei verschiedenen Stellen ankommen lassen. „König“ bekommen, das Gas, welches im vorhandenen Zustande dem Gas zuzuführen wird, um dessen Verzicht zu erlösen, wurde auch von Stinnes geliefert. Herr Stinnes liefert das Gas, er liefert demnach auch die chemischen Mittel zur

Verbesserung des Gases; wäre es da nicht besser, das Zehengas wurde überhaupt in verbessertem Zustande geliefert? Die Gasanstalt, welche aus den Mitteln der steuerzahlenden Bürger gebaut ist, wird ja demnach sowieso überflüssig. Zu welchem Zwecke soll denn da die Stadt noch wertvolle Mittel zur Verbesserung des von Herrn Zimmes gelieferten Gases auslösen und noch dazu von ein und demselben Lieferanten? Es könnten dann doch die Transportkosten erspart werden.

Die erwähnte zweite Leitung kann nämlich 30000 Kubikmeter Gas liefern und ist im Laufe des letzten Herbstes fertiggestellt worden. Die Gasarbeiter, welche sich der Vorgänge vom Jahre 1905 noch bewahrt sind, nahmen in verschiedenen Besprechungen zu der Sache Stellung, denn sie wissen ganz genau, daß hier abermals Entlassungen vorzunehmen werden und das Gaswerk ganz außer Achtung gelassen wird. Nach Erkundigungen bei verschiedenen Stadtbedienten wurde immer wieder betont, diese zweite Leitung sei nur zur Sicherung der ersten gebaut. Man wolle sich auf alle Eventualitäten fassen. Die erste Leitung, welche übrigens mit dem ursprünglichen Gaswerk noch etwa verbunden ist, wurde als „Reserve“ bezeichnet, die zweite dient zur Sicherung der ersten, ja warum baut man da noch eine dritte Leitung? Mit diesen Auskünften konnten sich die Arbeiter auch nicht zufriedengeben und unterzeichneten dem Oberbürgermeister eine von den drei in Frage kommenden Organisationsvertretern angeordnete Eingabe im Sinne vorstehender Ausführungen, worin verlangt wird, etwaige Arbeiterentlassungen zu vermeiden und überflüssige Arbeitskräfte in anderen städtischen Betrieben unterzubringen.

Die Kommission erhielt auf die Eingabe sofort Antwort. Der Oberbürgermeister erklärte, an Arbeiterentlassungen denke die Stadt noch nicht, die Sache sei noch nicht sprudreif. Im nächsten Jahre sollen erst Gutachten über die Brauchbarkeit der Zehengase eingeholt werden und wenn diese gut ausfallen, dann ließen sich Arbeiterentlassungen nicht umgehen! Als nun der Oberbürgermeister auf den unsozialen dieser Handlungsweise in der Zeit der Krise aufmerksam gemacht wurde, sagte er, bis dahin sei die Krise vorbei. Die Arbeiter resp. die Kommission wurde damit vertröstet, daß die Arbeiter, welche sich gut bewahrt haben, am Wasserwerk beschäftigt werden sollen. Diesen Arbeitern gegenüber der Versuch, denn ein Soldat, der sich gut bewahrt, wird auch bevorzugt. Im übrigen sollen sich die Gasarbeiter nicht von der Rede, noch von anderen aufstehenden Personen aufheben lassen. Eine schriftliche Antwort wurde verweigert, aber es ist diese ja auch gar nicht nötig, ist doch die gegebene mündliche so klar und deutlich, daß jeder Arbeiter wissen muß, was die Glöde geschlagen hat.

Rechnen wir nun die Antwort des Herrn Oberbürgermeisters ein klein wenig über Zehengas eingeholt werden. Ja warum denn

das? Seit zwei Jahren bezieht man schon Zehengas, warum da erst noch Gutachten? Könnte man die Gutachten nicht von dem Gas der ersten Leitung einholen, warum denn die zweite Leitung lauen und noch die dritte anfangen? Man versucht sich aber in den Mantel der Ungelehrtheit zu hüllen, weil man den Arbeitern nicht sagen möchte, daß sie am längsten auf dem Gaswerk gearbeitet haben. Daß der Oberbürgermeister schon jetzt das Erbe der Straße prophezeien kann, ist ja höchst erfreulich, ob sich die Prophezeiung bewahrheiten, ist eine andere Sache. Die Arbeiter, welche sich „gut bewahrt“ haben, sollen am Wasserwerk weiter beschäftigt werden. Hier ist deutlich gesagt, was die Arbeiterschaft zu erwarten hat. Man wird voraussichtlich die Arbeiter, die sich gut bewahrt haben, oben hin machen können, weiter beschäftigen, während man die anderen einfach springen läßt. Was der Vergleich mit dem Soldaten soll, können wir wohl verstehen, aber durchaus nicht anerkennen. Was hat wohl eine Gasanstalt mit einer Staffele gemein, oder ein Soldat mit einem Gasarbeiter. Der Herr Oberbürgermeister führt doch die Verwaltung der Stadt nicht als königlicher Offizier, sondern lediglich als Oberbürgermeister. Die Mahnung, daß sich die Arbeiter nicht aufheben lassen sollen, ist nach unserer Ansicht auch hinfällig, denn für das Aufheben sorgen ja die gegenwärtigen Vorgänge, von denen 1905 ganz abgesehen.

Die Arbeiter wollen nun auch nicht mehr als städtische Arbeiter petitionieren, sondern als steuerzahlende Bürger Protest erheben gegen ein derartiges Vorgehen. Hier gilt es die Bürger aufzurütteln, sie aufklären, was sie von dem Zehengas als Konsument, aber auch, was sie als Bürger für die städtischen Finanzen zu erwarten haben. Der schon eben bezeichnete Ueberschuß von 1905 und 1906 zeigt dies zur Genüge.

Verwaltungsbericht der Filiale Groß-Berlin für das 3. Vierteljahr 1908.

Nach der kleinen Schilupe des vorigen Quartals ist wieder ein erfreulicher kleiner Aufschwung in die Erstgenennung getreten. Die Mitgliederzahl ist um 207 gemessen und beträgt jetzt 6033. An dieser Steigerung beteiligt sind mit mehr oder weniger hoher Mitgliederzunahme nachstehende Sektionen resp. Gruppen: Zentralnagazin; Gaswerke Ostflügel; Tagungsbeiträge und Schmarren; dort; Kreisinspektionen; Köhrentüten; Tessenische Verbindung; Manufaktur; Arbeiterverwaltung; Wasserwerk; Müllgefäße; Straßeneinmann; Schlicht- und Rechts; Filialen; Badeanstalten; Farbverteilung; Festmischungsanstalt; Markthallen; Charlottenberg; Mepend; Pichnberg; Nordorf. Bei den nicht genannten Parteien trifft das Gegenteil zu; sie schließen mit dem gleichen Stand, ein paar sogar mit einem kleinen Verlust ab. Es wird diese Bemerkung gemessen, um die Kollegen anzuspornen, hier mit doppelter Kraft einzusetzen und die Schwarte auszuweichen. Neu gegründet worden ist die Sektion Reindendorf; sie

Die Psychologie des Verbrechers.

Ein Staatsanwalt in Dresden, Dr. Ulrich Wulffen, hat im Sommer 1908 ein Buch herausgegeben, dessen Inhalt von der Weisheit, die sonst von Staatsanwälten verhandelt wird, ganz wesentlich abweicht. Der Titel lautet: „Psychologie des Verbrechers. Ein Handbuch für Juristen, Ärzte, Pädagogen und Gewandte aller Stände.“ Wir führen aus dem Werke hier eine Anzahl Stellen an.

Das Wesen des Verbrechers wird von uns zu sehr aus der Vergangenheit und Gegenwart erfaßt. Die Verbrecher haben aber auch ein Anrecht auf Betrachtung vom Standpunkte einer künftigen Zivilisation. Ehe wir erkennen, daß unsere heutige Eigentumsordnung, Arbeitsverteilung und Bildungsgelegenheit den Anforderungen einer gesteigerten Zuchtlichkeit nicht mehr entsprechen können, werden wir allem nach unserem heutigen Maßstabe alle die Verbrecher zu hart beurteilen, die zufolge dieser Faktoren zu ihren Verbrechen kommen.

Es gibt nur eine Menschenart. Wir haben keinen Anlaß, den Verbrecher zu verdammen oder gar zu verachten. Aber das soziale Milieu, die reinliche Kräfte der Kultur, werde ihm zuteil.

Wirtschaftliche Not ist ganz ungeschicklich mit einer Verbrechensneigung. Wenn man achtet wird, Genügsamkeit ist der hauptsächlichste Faktor im Eigentumsverbrechen, so ist das wieder richtig; nur muß man eine gewisse, wohl bedachte Genügsamkeit, die zwar über den „notdürftigen“ Lebensunterhalt schon hinausgeht, annehmen. Man kann an die arbeitenden Menschen nämlich den sozialistischen Temperament richten: Tu hast reichlichen Genuß zu entsandeln. Das wäre ein recht verbreitetes Volkserziehungsmittel. . . . Ein Mann, welcher dem Gegenwart, welcher gewöhnt, freilich des Lebens und

Veibes Notdurft etwas übersteigende Genüsse entbehren muß, die erst das menschliche Dasein menschlisch gestalten helfen, befindet sich ebenfalls in einer wirtschaftlichen Notlage.

Der wirtschaftlich Stärkere muß die ihm dienlich gewordenen Kräfte des wirtschaftlich Schwächeren vielfach mit einer Rücksichtlosigkeit aus, welche den Stempel der Unmenschlichkeit trägt. Das geschieht nicht nur in der Industrie, wo vielfach dem Arbeiter weder Zeit noch Mittel zu einem das Leben erst menschenwürdig gestaltenden Dasein gewährt und weibliche Personen bei der Märgelung, d. des bescheidenen Lohnes ohne weiteres auf die Bahnen der Gewerbesucht gewiesen werden. Das geschieht nicht nur im Handel und Gewerbe, wo ebenfalls an die Leistungsfähigkeit besonders der jungen, doch nach der körperlichen Schönheit bedürftigen Leute maßlos, mit der Gegenleistung in gar keinem Verhältnis stehende Anforderungen gestellt werden, sondern es geschieht dies auch im engeren Kreise des Hauses, wo sehr oft die weiblichen Dienstboten in ihrer persönlichen Freiheit derart bedrängt werden, daß man zwar nicht gerade von einer Freiheitsberaubung im Sinne des Strafgesetzbuches, wohl aber von einer nicht stilligen Freiheitsberaubung sprechen kann. . . . Die körperliche und pünktliche Ausnutzung führt den Betroffenen oft größeren Schaden zu, als eine nach dem Gesetze strafbare Mißhandlung.

Ein Blick auf die Gegenwart zeigt, daß fast zu allen Zeiten menschliche und verbrecherische Charaktere auf dem Throne saßen, denn ebenso menschliche und verbrecherische Männer als Berater zur Seite standen. . . . Wie hat der frühere Staat nach Kräften die sittliche Evolution zu hemmen gesucht. Wie hat er sich der heutigen Aufklärung mit allen Kräften widersetzt, so daß sie das Volk ihm erst im Pluthe der Revolutionen abringen mußte. Nicht die Völker, sondern die Staaten haben die Revolutionen gemacht.

jählt 22 Mitglieder. Eine Besserung ist auch im Verhältnis der ausgeschiedenen zu den aufgenommenen Mitgliedern wieder zu verzeichnen, indem die Ziffer der Erlereren auf 62,7 Proz. zurückgegangen ist. Natürlich stellt diese noch immer einen großen Umfang der Fluktuation dar, um dessen Herabminderung wir fortgesetzt bemüht sein müssen. Hierzu sind die vorhandenen Rahmenformulare für Reklanten ein gutes Hilfsmittel, die wir hiermit den Beitragsmitgliedern aufs Neue in Erinnerung bringen möchten. Der Massenbestand der Filiale ist von 16.218,62 Mk. auf 18.798,54 Mk., also um 2.579,92 Mk. gestiegen.

In den genannten Ziffern liegen Fortschritte, die angenehm das Auge beschauen mögen. Rechtschaffenere müssen wir uns sagen, daß sie zu einer durchschlagenden Beeinträchtigung unserer Bewegung nicht entfernt ausreichen und daher auch nicht befriedigen können. Es muß rüstiger vorwärts gehen! Gewiß haben wir mit besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen. Noch immer wollen die Thoren unter den städtischen Arbeitern nicht alle werden, die da meinen, daß sie nur den Mund zu sperren brauchen — die gebrauchten Tauben in Gestalt von Lohn- und anderen Verbesserungen können dann nur so auflösen. Wieder andere akzeptieren ruhig den ihnen präsentierten, in sogenannten Wohlfahrtsvereinigungen bestehenden Beschick auf die Zukunft, ohne zu bedenken, daß dieser manuels eines Rechtsanspruches nicht eingelöst zu werden braucht und — wie die Aktien unseres Sekretariats beweisen — oft genug nicht eingelöst wird. Es gibt unter den Arbeitern eben nicht wenige, die erst mit Störpfeilen von ihrem Arbeitgeber gequält werden müssen, ehe sie zur Einmüt über ihre traurige Lage kommen. Diese Stumpfsinnigen aus ihrer Verblöndung herauszureißen, ist des Schwerstes der Edlen wert. Es braucht nicht erst gesagt zu werden, daß ein gut Teil unserer Mitglieder diese Aufgabe erfüllt — prägiert werden muß aber auch, daß es deren nicht wenige gibt, die mit der Zahlung des Beitrags ihre Pflicht getan zu haben meinen. Das ist falsch! Jeder Einzelne muß zu seinem Teile an der Agitation und an der Organisationsarbeit mit aller Kraft mitarbeiten. Nur dann sind volle Resultate zu erwarten.

Die Mittel dazu liefert uns die kommunale Arbeiterpolitik in Fülle und Fülle. Auch die gegenwärtige Periodeperiode war darin wahrhaftig nicht arm; einige markante Streikführer mögen hier reaktiviert werden.

Nicht wenig stolz sind die Stadterweiterungen auf die Einrichtung der Arbeiteranschlüsse — gegenwärtig empfinden die Arbeiter darüber. Das letztere recht haben, beweist die Direktion der Berliner Straßenreinigung, die die Anträge des Arbeiteranschlusses auf eine durchgehende Reform der Arbeitsverhältnisse, welche bereits im August vorigen Jahres eingereicht worden waren, endlich im Juli dieses Jahres der Deputation vorlegte. Letztere tat dann noch ein übriges an Überwindung der „Leranten Vertretung der Arbeiter“, indem sie die Anträge der „Leranten Vertretung der Arbeiter“ ablehnte. Man sagte sich anerkennend, daß die Arbeiter der Straßenreinigung eine beiderseitige Geduld zum Warten haben. Weiter trifft das für einen größeren Teil derselben zu, der, erfüllt vom Hirsches Dunderischen Harmoniedübel, solche Verschiebungen mit Geduldgeduld eintritt und dadurch dem

Vorwärtsstreben unserer Sektion die Stoßkraft unterbindet. Nicht Zugeländnisse, sondern Niederhaltung! Das ist die Parole der Betriebsleitungen gegenüber den Kaufhäusern, die als lästig empfunden werden. Dafür spricht die überall erfolgte Ablehnung der selbstverständlichen Forderung auf Ausbändigung einer Abdrift der Sitzungsprotokolle. Aus Mangel an vernünftigen Gründen erklärte man dem Ansduld der Revisorspektationen lakonisch: die Erfüllung des Antrages ist nicht anständig! Wenn trotz all solcher Widerwärtigkeiten, mit denen die Ausschubmitglieder zu kämpfen haben, dann noch — wie es bedauerlicherweise im Gaswerk Müllerstraße geschah — diese von Kollegen mit Unrecht angegriffen werden, so muß an dieser Stelle besonders betont werden, daß solch Begründen wertvollenswert ist. Gegenseitige Unterstützung tut da im Gegenteil bitter not! Reht diese, so braden wie dem Ansduld das Müdigkeit und liefern ihn der Wütlichkeit der Vorgeschichten aus, die nur auf eine Gelegenheit warten, um frisch darauflos zu maßregeln. Das trifft auf die im Juli erzielte Einlassung des Ansduldshobmanns Stoll. Rappe vom Schaaracher Gaswerk zu, dem aus einem „Verlöb“ gegen die Vorwürfen der Betriebsstrafentlassung der Straß gedreht wurde. Es wird dieser Fall die Kollegen im Massenverband veranlassen müssen, Vorkehrungen zu treffen, die einen Einfluß der Massenangelegenheiten auf das Arbeitsverhältnis verhindern. Am nächsten ist hier wieder einmal einer der vielen Fehler des Betriebsstrafentlassungsinterims illustriert.

Eine empfindliche Lücke in Würdigung des Masseninteresses und eine Mißachtung des eigenen körperlichen Wohls ist bei den Arbeitern einiger Betriebe in emporender Herabminderung zutage getreten. Was soll man dazu sagen, wenn es auch Kollegen gibt, die sogar zwei Tage und eine Nacht hintereinander an der Maschine saßen, wie es im Gaswerk hinter Tegeel der Fall war. Das ist Frevel gegen sich selbst und gegen die Gesamtheit! Sollen nicht unsere im Interesse der Kultur eminent wichtigen Forderungen auf Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung zu Wasser werden, dann müssen alle helfen, dem Hebertumensanfang ein Ende zu machen. Aufständische Löhne der normaler Arbeitszeit heißt bei uns die Forderung des Tages.

Bezüglich der Bade- und Wascheinrichtungen sind aus einigen städtischen „Ruhet“betrieben wieder nette Zustände zutage getreten. In manchen Revisoren der Gaswerke ward ein ganzes Handbuch für fünf Arbeiter zur Verfügung gestellt. An anderen Stellen, u. a. dem Viechhof, verweigert man die freie Zeit zum Baden und Waschen. Die Gasanstalt Ostfischerstraße darf sich eines Bades „rühmen“, in dem die unten Bodenenden neben der sauberen Douch; auch eine solche von kömmissar Wasser aus den im oberen Stockwerk liegenden Wadesellen erhalten, weil die Fußböden der letzteren entsprechende Defekte aufweisen. Die Versuche der Kollegen, diese Mangel zu beheben, waren nur teilweise von Erfolg gekrönt.

So schaut's in der Praxis in den „Ruhetbetrieben“ aus! Ergänzt sei das Bild noch durch die Güte einiger Beförderungserfolge von unserer Seite in anderer Beziehung. Die Urlaubserordnung des Magistrats vom 3. Mai 1907 bestimmt u. a. für Handwerker, Maschinenverwalter, Feizer nach 10jähriger Dienstzeit

Strafgesetz, Strafprozeß und Strafvollzug werden auch heute nicht immer vom Staate den ethischen und praktischen Bedürfnissen entsprechend reformiert, vor allen Dingen deshalb nicht, weil man zu solchen Dingen keine Zeit und kein Geld hat. . . . Auch der moderne Staat ist vom sittlichen Ideal noch weit entfernt. Noch immer werden . . . die Strafe gemacht. Noch immer handelt es sich nach wie vor um brutale Regeneraltungen, um egoistische Unternehmungsgelüste des Staates gegenüber dem Schwachen. . . . Das Beispiel, das der Staat mit der Kriegführung gibt, indem er auch keine Unterthanen in Waffen erzieht, wirkt der Arminialität gegenüber jedenfalls nicht sittlich. . . . Sittlich handelt der Staat auch nicht, wenn er unter dem Vorgeben, den wilden Völkern das Christentum und die Kultur zu bringen, ihre Gebiete in Besitz nimmt und ihr Eigentum durch mehr oder weniger wahlrührende Mittel an sich bringt. . . . Wenn der Staat und die Gemeindefe als Unternehmer auftreten, bedrückenden sie ebenfalls einzig und allein den nicht-sittlichen Maßstab von Angebot und Nachfrage für Leistung und Gegenleistung.

Ich hoffe, daß der soziale Staat kommen werde, welcher jedem Arbeitsfähigen ein Recht und eine Pflicht zur Arbeit und ein Recht auf den vollen, auskömmlichen Arbeitsertrag zuerkennen werde, wo mit nicht alle Verbrechen . . . verschwinden, wohl aber eine ganz wesentliche Milderung der Kriminalität eintreten werde.

Weiter fehlt aber der Staat der regelmäßigen Arbeit insofern, als der Proletariat in zahllosen Fällen keine regelmäßige Arbeit hat. Auf eine Minderzahl von vierzehn oder acht Tagen, oder auf gar keine Minderzahl gestellt, steht er immer vor der Gefahr, seine Arbeit zu verlieren. Unter solchen Umständen kann die Arbeit dem Charakter keinen Segen bringen. Die Arbeitsverhältnisse des Pro-

letariats sind es also, welche seinen Charakter nachteilig beeinflussen müssen. Es ist ganz klar, daß die Voraussetzungen für eine ethische Charakterentwicklung ungemein günstige sind, wenn der Mensch sich in geistlicher sozialer und finanzieller Position befindet. Wir, die wir als Reibende unseren jahrelangen Montestrakt leizugenen in der Lade haben, sollten nur einmal auf vierzehn, oder achtstägige Pausen geseht werden. Das Niveau unserer Ethik würde erschreckend herabstinken.

Wir haben das Unstittliche und das Verbrechen als eine psychologische und soziale Notwendigkeit innerhalb Kultur und Gesellschaft kennen gelernt. Als psychologisch notwendig erkennen wir sie deshalb, weil die sittliche Evolution des Menschenseinlechts nach dem psychologischen Grenzgebiete der psychischen Montestrakte nur an den Gegenständen vom Sittlichen und Unstittlichen sich vollziehen kann. . . . Das Verbrechen erkennen wir zweitens auch als eine sozial notwendige Tatsache. Die Umweltumgebungen, an denen die menschliche Gesellschaftsordnung leiden muß, bedingen und erzeugen das Verbrechen. Wir haben aber auch im Klusse einer sozialen Evolution. Die künftige Gesellschaftsordnung wird die Umweltumgebungen des gegenwärtigen Staates immer mehr überwinden. . . . Die Strafen sind gegenüber der psychologischen und sozialen Notwendigkeit des Verbrechens wirkungslos und deshalb nicht gerecht. Sie sind gar nicht imstande, im allgemeinen abzuhelfen oder zu bessern, wenn schon sie im Einzelfalle eheres öfter, letzteres zu neuen bewirken. Das Verbrechen acht gleichwohl unridendertlich seinen Weg. Was die Strafen durch Abschreckung und Besserung Outes wirken, machen sie mit einer anderen Wirkung. Der Exfütterung des Verstrakten wieder umbrachte. . . . Es wird eine nehmung Erkenntnis künftiger Jahrsbünderte werden, wenn sie angesichts dieser Wahrheit die barbarischen Strafen der jetzigen Zeit an sich vorbeiziehen lassen, wie wir es heute mit der Vergangenen tun

bis 10 Tage bei längerer Dienstdienst bis eine Woche Urlaub". In ein paar Stunden ist das durchgesetzt, alle anderen Klammern sind aber nicht durchzusetzen mit dem. Eine Frau, von Arbeiter, auszuweisen, um nun den Betrieb gemacht, vier Nacharbeiter, sind aber sämtlich nicht zu werden. Die Arbeiter werden dabei die besten Erfahrungen dabei herausgeholt. Sie werden also nach und nach die verschiedenen Verhandlungen zum Ende der Arbeit, die Entscheidung zumachen, nachdem sie die Arbeit gemacht haben. Bei dieser Gelegenheit muß auch dem der Verleger der Arbeiter ein Ende gemacht werden, nach welcher Zeit gewisse Arbeiter im Zusammenhang besonders einzuweisen müssen, dies Verlangen entspricht aber der besten Auslegung des berechtigten Arbeiter. Wenn negative Resultate sprangen bei dem politischen Verlangen auf wesentliche Zahlung des Arbeiter, so ist es heraus, obwohl darüber nicht mehr Worte verloren werden müssen, daß solche Arbeit verdrängt ist. Deshalb muß die ein noch "Gerichte machen" muß, wie in den Wasserwerken, in unheimlich.

Den zweiten Raum nahm in der gegenwärtigen Verdrängungsperiode die Vorbereitung und Ausführung der Aufgabe zum nicht-jährigen Staat ein. In einer Reihe von Sitzungen mit der von der sozialdemokratischen Stadtverordnetenaktion für diesen Zweck angedeuteten Kommission wurde eine gemeinsame Aktion vorbereitet, die in der nächsten Zeit auch allgemeine Zustimmung fand. Die Empörung war daher eine ungeliebte, als die Stadtverordnetenversammlung am 19. September sämtliche Arbeiter abwickelte, wie tief dieser Stief trat, bewies die wichtige Protokollversammlung am 17. September, in der Lauscha der Arbeiter den freilichen Ausführungen des Stadtverordneten Dr. Wendt freundlich zuhörten. Mit voller Zustimmung beschloß darauf eine allgemeine Versammlung aller Berliner Arbeitervereine am 17. September im Gewerkschaftshaus über die Einwirkung der im Monat Januar abzuhalten sozialdemokratischen Aktion, was auch prompt erfolgte. Es bleibt abzuwarten, ob auch der Reichstag es wagen wird, die berechtigten Forderungen der Arbeiter unbeachtet zu lassen, oder ob er von dem 100. Jubiläum der Arbeiter des Jahres 1907/08 auch für die etwas übrig hat.

Die Lohnbewegung der Vororte wird demnach in Aufkommen. In Lichterfeld fand bereits ein Versuch statt, wo in einer Versammlung am 16. September nach einem Abtritt des Stadtverordneten Spiermann die Arbeiter, welche sich mit einer der Berliner Kollegen finden, angeschlossen wurden. Wenn nicht alle gehen trauen, so wird es hier wie in Berlin der Fall, als wir uns anfangs Energie bedürfen, um im Allgemeinen der gemeinsamen Arbeit die wirtschaftlichen Forderungen auf die Lohnbewegung und Verbesserung der Arbeitsverhältnisse zu bringen. Wie werden durch bereits am Ende des vorigen Jahres hier hin, müssen aber haben, daß es damit hier und da noch zu haben. Es wäre sehr nicht möglich, den Versuch, wie der Arbeiter, wie die am 3. September, so macht, die Arbeit ausführen. Das darf nicht in der Zukunft mit verbunden. Wie man oben ausgeführt, muß jeder seine Arbeit als ein Arbeiter haben, und wir werden nicht, daß die heutige Arbeit, die uns in unserer Arbeit eine große sein wird, als dies in der Lohnbewegung des dritten Quartals bezeichnen.

Die Krisenverwaltung.

Die Streiks und Aussperrungen im Jahre 1907.

II.

Die Aussperrungen.

Die Zahl der Aussperrungen nicht im Jahre 1907 zu den insgesamt hunderttausend Streiktagen im Jahr 1906. Eine wesentliche Veränderung gegen das Vorjahr hat nicht stattgefunden. Gleich wie die übrigen Kampfe, so haben auch die Aussperrungen in der Anzahl eine Verminderung erfahren. Es fanden statt 223 Aussperrungen gegen 121 im Jahre 1906, also eine Verminderung um 23,1 Proz. In welchem Maße sich das Verhältnis der Aussperrungen zu den gesamten Arbeitskämpfen in den Jahren 1900-1907 entwickelt hat, darüber gibt nachfolgende Aufstellung Aufschluß.

Es haben stattgefunden:

Jahr	Arbeitskämpfe überhaupt	Tage waren Aussperrungen	Anteil 100 Lohnkämpfe waren Aussperrungen
1900	872	40	4,6
1901	727	35	4,8
1902	861	56	6,5
1903	1282	82	6,4
1904	1625	112	6,9
1905	2324	253	10,9
1906	3140	421	13,4
1907	2742	323	11,8

Wesentlich anders liegt es jedoch mit der Zahl der von den Aussperrungen betroffenen Personen. Während 1906 von den Aussperrungen 93.500 Personen betroffen wurden, betrafen im Jahre 1907 die Aussperrungen auf 104.758 Personen. Trotz der Zunahme

der Aussperrungen hat sich die Zahl der Aussperrten um 11,82 gehoben. Im Jahre 1906 entfiel auf jede Aussperrung im Durchschnitt 222 Beteiligte, 1907 dagegen 324. An den Aussperrungen waren 37 Verbände beteiligt. Am schwersten betroffen von den Aussperrungen wurden die Verbände der Metallarbeiter, Holzarbeiter, Maurer und Schneider. Diese vier Verbände hatten allein 119 Aussperrungen mit 61.111 daran Beteiligten zu verzeichnen. Nur 103.500 der Aussperrten konnte der Verlust an Arbeitszeit und der Ausfall an Verdienst festgestellt werden. Es betrug der Verlust an Arbeitszeit 2.571.772 Tage, der Ausfall an Verdienst 11.172.886 Mk. Die Gesamtsumme für die Durchführung der Aussperrungen belief sich auf 6.117.079 Mk. (1906: 5.315.079 Mk.), das sind 49,7 Proz. der insgesamt für die Kämpfe ausgegebenen Summe. Auf jeden Aussperrten entfiel durchschnittlich eine Unterhaltungssumme von 58,99 Mk. (1906: 56,90 Mk.), während der Anteil an den Gesamtausgaben für die Kämpfe insgesamt für jeden Beteiligten 45,90 Mk. betrug.

Wie im Vorjahr, so ist auch im Jahre 1907 von den Unternehmern, sowohl abseits wie innerhalb, die größte Zahl an Aussperrungen verhängt worden, nicht im Verlauf eines Angriffs, oder andererseits, sondern wegen Differenzen über Lohnhöhe und Arbeitszeit, ohne daß es wegen dieser Differenzen zu einem Streik der Arbeiter gekommen war. Dieses Gebaren zeigt so recht das rücksichtslose Verhalten der Unternehmer. Die Zahl dieser Aussperrungen betrug 113 = 50,2 Proz. der gesamten Aussperrungen. In diesen Aussperrungen waren beteiligt 43.165 Personen = 41,2 Prozent der Beteiligten insgesamt. In 41 Fällen versuchten die Unternehmer, Angriffsfälle der Arbeiter durch Aussperrungen zu verhindern, und wurden von diesen Aussperrungen 36.022 Personen betroffen. In 11 Fällen, wozu 10.574 Personen betroffen waren, wurde zu dem Mittel der Aussperrung gegriffen, um Arbeiter, die wegen Abwechslung von Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zur Arbeitsniederlegung übergegangen waren, zur Aufgabe ihres Widerstandes zu zwingen. Dem Sozialistensraub wurden 35 Aussperrungen diktiert, wozu 2122 Personen betroffen wurden, und wegen deren 1.204 waren 25 Aussperrungen verhängt, die 3226 Personen in Arbeitslosigkeit jagten.

Von den gesamten Aussperrungen entfiel für die Arbeiter mit vollem Erfolg 95 = 42,2 Proz., an diesem Erfolg beteilig waren 19.227 Personen = 44,1 Proz., 109 Aussperrungen = 48,9 Prozent mit 46.046 Beteiligten = 41,1 Proz. konnten mit einem teilweisen Erfolg beendet werden.

In den Jahren 1900-1907 fanden 1328 Aussperrungen statt, von denen insgesamt 149.187 Personen in Arbeitslosigkeit gesetzt wurden. Die gesamten Aussperrungen verurteilten eine Ausgabe von 20.510.945 Mk., das sind 51,1 Proz. der im dem Jahre 1900 dem Reichshaushalt für die gesamten wirtschaftlichen Kämpfe.

Während der Unternehmern und die alljährlich wiederkehrende und ungeliebte Verhinderung von Tausenden von Arbeitern durch das Mittel der Aussperrung als ein Mittel gegenüber dem den Arbeiter einwilliger Nachlassens und Zurücktritt angesehen und in diesem Sinne betrachtet. Sie wollen uns auf eine Einwirkung dieser Art nicht einlassen. Es ist aber bezeichnend, daß das Mittel der Aussperrung, welches so häufig bei politischen und unpolitischen Verhältnissen für die Arbeiter als ein Mittel herbeizuziehen zu müssen, rücksichtslos Arbeiter aussperrt, die an irgendwelchen Arbeitskonflikten gar nicht beteiligt sind, und zwar nicht nur zu dem Zweck, um die Gewerkschaftsorganisation, welche bei einem Streik gerade in Betracht kommt, zu schwächen und widerstandsunfähig machen zu können. Ein solches Vorgehen findet in der gewerkschaftlichen Tat kein Gegenbild. Hier verhängt man sich nur durch den Kampf durch Arbeitsniederlegung gegen diejenigen Unternehmer zu führen, die an einem Arbeitskonflikt unmittelbar beteiligt sind.

Somit sieht jedoch sehr: Die nun schon jahrelang betriebene Aussperrungspolitik des Unternehmertums zur Herabdrückung der Arbeiter und Zurückdrückung der Organisationen hat ihren Zweck vollständig verfehlt. Das Mittel dieser Unternehmerrücktritt hat immer greifbarer zutage. Wohl war es möglich, die Arbeiter durch dieses Mittel bei einzelnen Kämpfen in ihrem Erfolg zu beeinträchtigen, aber der Arbeiterkampf im allgemeinen ist durch das Mittel der Aussperrungen in ihrem Ausmaß, in dem sie abstrahieren können, und am allernützlichsten war es möglich, die Gewerkschaften zu verdrängen oder in der Entwicklung zu hemmen. Im Gegenteil, wenn man annehmen, daß die Aussperrungen das Wachstum der Arbeiter gestärkt und gefördert auf die Entwicklung der Gewerkschaften eingewirkt haben. Das wollte Verhängen des Mittels der Aussperrungen der Arbeiterbewegung gegenüber scheint nurmehr sehr dem ausbreitungsmitteln Mittel zu sein. Die durch abendliches 28. August für das "Wohlfühlen der Arbeiter" und durch "Anteile" auf abendliche und mittlere Arbeiter seitens der Unternehmer präsumiert alle Arbeiter soll nun an 100. und das ist, was man von den Aussperrungen beabsichtigt. Auch dieser Wahn wird verdrängt, um den unumkehrbaren, ebenen Entwicklungsgang der Arbeiterbewegung.

G. Hermann.

Notizen für Gasarbeiter.

Berlin. Für die Kollegen der Gasanstalt Schmörgendorfer fand am 12. d. Mts. eine allgemeine Versammlung statt. Genosse E. J. Mayer sprach über: „Kirche, Schule und Arbeiter“. Die Anwesenden folgten den Ausführungen des Referenten mit gespannter Aufmerksamkeit. In der Diskussion wies Moll. J. a. b. e. l. in besonderer Weise darauf hin, daß die Kirche als Aufseherin der preussischen Schule in dieser Eigenschaft nicht nur die Religionsstunden schließt und den Lehrstoff diktiert, sondern selbst die minder freudentenden Eltern zwingt, an dem Religionsunterricht teilzunehmen. Auf diese Art versucht man zu retten, was noch zu retten ist. Die beste Antwort auf diese Vergewaltigung sei der Austritt aller freudentenden Arbeiter aus der Kirche. Als 2. Punkt stand „Aenderung des Schichtwechsels für die durchgehenden Betriebe“ auf der Tagesordnung. Moll. J. a. b. e. l. wies in seinen einleitenden Ausführungen darauf hin, daß die jetzige Art der Schichtführung keine gute sei. Als die achtstündige Arbeitszeit zur Einführung gelangen sollte, hat man im ganzen Lande Nachfragen gehalten, um so zu erfahren, welche Methode die beste wäre, nur eine Stelle hat man vergessen: nämlich die Arbeiter. So kann es also nicht Wunder nehmen, daß sie mit dem ihnen anvertrauten System nicht zufrieden sind und eine Aenderung wünschen. In der gegenwärtigen Dichtung waren alle Bedenken eingetrieben, die eine Wechsellösung notwendig sei. Ueber das einzuführende System konnten sich die Kollegen noch nicht einig werden. Am annehmbarsten erachtet die Charlottenburger Schichtwechsellösung zu sein. Um aber keine Ueberstürzung zu begehen, beschloßen die Kollegen, sich noch genauer zu orientieren. Beim letzten Punkt gab der Moll. J. a. b. e. l. einen Vorkbericht über die am selben Tage stattgefundene Anschlagsprüfung.

Erfurt. Entlassungen aus ganz richtigen Gründen sind in den Gasanstalten Erfurts an der Tagesordnung und gewöhnlich werden dabei organisierte Arbeiter betroffen, die der Gasanstalt schon ihre besten Kräfte geopfert haben. Auch Bestrafungen sind nichts Seltenes; so wurde kürzlich ein Feuerbauarbeiter, die ohnehin schon eine überaus schwere und gesundheitschädliche Arbeit haben mit Abzug von 1 Mark bestraft, weil er in der Pause nicht die Fenster der Arbeiterhöfe zugen wollte. Nun wurde neuerdings einem Arbeiter gekündigt, der 11 Jahre an dem Gaswerk beschäftigt war, weil er dem Arbeiter Zange „gedroht“ hatte. Dabei hatte der Aufseher den Arbeiter erst beleidigt. Dem als Sozialistener be- kannter Josepher Heinrich wurde das mitgeteilt und er sprach die Mithingung aus, die natürlich von dem Direktor sanktioniert wurde. Der Arbeiterauschuss wurde beim Direktor vorsteltend, um die Zurücknahme der Kündigung zu bewirken, weil man allgemein der Ansicht war, daß die Entlassung zu Unrecht geschähe. Der Arbeiterauschuss wurde aber nur mit ein paar nichtslagenenden Worten abgewiesen. Der Direktor erklärte, wenn sich erst andere für eine Arbeit ins Mittel schlugen, sei überhört nichts zu erreichen. Er sprach noch von „einer Wand, an der man sich den Kopf einrammen, die Wand bliebe aber immer stehen“. Die Erklärung über das Vor- gehen der Direktion war bezeichnenderweise unter den Kollegen sehr groß und nur mit Mühe und Not konnten sie von einer Arbeits- einstellung abgehalten werden. Eine Versammlung am 30. Oktober hatte sich mit allen diesen Maßnahmen zu befassen. Es wurde nach eingehender Besprechung folgende Resolution einstimmig ange- nommen: „Die Versammlung vom 30. Oktober 1908 nimmt Kenntnis von der Entlassung des Kollegen Kellner und betrachtet dies als eine Mißregelung. Die Versammlung kann sich mit den von der Direktion getroffenen Maßnahmen nicht einverstanden erklären und behält sich, da die Direktion sich zum Fernzug gemacht zu haben scheint, sich noch aller Kollegen in entlegenen, weitere Schritte vor. Es kann nicht im Interesse des leistungsfähigen Publikums liegen, einer Arbeiterkategorie wie der des Gaswerkes menschenwürdige Verhältnisse anzudeuten zu lassen. Man rüht sich damit veranlaßt, die Bevölkerung der Stadt Erfurt in Mitleid zu ziehen.“

Halle. Die Kollegen der Gieschichtener Gasanstalt klagen über die Behandlung seitens des Direktors. Sie ist sehr grob und Schimpfreden und Beleidigungen mit Namen aus dem Bereiche sind an der Tagesordnung. Was die Badgelegenheit ist eine sehr min- male. Nun sind bei sieben Mann in nur eine Wadenwanne zur Verfügung. Wie da das Wasser aussieht, wenn sich mehrere schweißige Arbeiter in einem Wasser baden bezug werden können, kann sich jeder selbst ausmalen. Dazu ist das Wasser meist ungenügend warm, denn es wird am Gas zur Erwärmung gesparrt. Eine Dampfanlage zum Erwärmen des Wassers ist nämlich nicht vorhanden, nur zum Erwärmen des Gasbehalters. Wird nun frühzeitig das Gas zum Erwärmen des Wadewassers angewandt, gibt es Schimpfwoorte, auch wird das Gas dann zumagedehnt, um nicht zuziel davon zu verbauchen. Der Vohn ist zwar etwas besser als in den nächsten Gasanstalten, dies wird aber durch die üblichere Behandlung tezu- sagen aufgehoben. Demn sollten sich die Kollegen anrufen und einmütig gegen das jetzige Chit vorkommen.

Berlin. (Verständigung). In dem letzten Versammlungsbericht auf S. 1011 hat sich ein unheilbarer Fehler eingeschlichen. Es darf nicht heißen: Das innerhalb 11 Tagen in der Anzahl 21 Unfälle zu bezeichnen waren, sondern: Das innerhalb 14 Tagen in der Anzahl 11 4 Unfälle zu bezeichnen waren.

Magdeburg. Am Samstag, den 7. November, versammelten sich die dienstfreien Arbeiter der städtischen Gasanstalt, um zu der Frage der Beschäftigung an den neu erbauten Vertikalöfen Stellung zu nehmen. Allgemeines Bestreben mußte es erregen, daß seitens der Direktion an diesen Öfen bei der Inbetriebnahme neue Arbeits- kräfte und Handwerker Verwendung finden, wozugegen ältere, schon seit Jahren auf dem Werk beschäftigte Dienarbeiter, keine Berücksichtigung gefunden haben. Nach einer recht lebhaften Diskussion fand nachstehende Resolution einstimmige Annahme: „Die am 7. November stattfindende Betriebsversammlung der dienstfreien Arbeiter der städtischen Gasanstalt beauftragt den Arbeiterschuß, der Direktion folgendes zu unterbreiten: Die Versammelten nehmen davon Kenntnis, daß an den neu erbauten Vertikalöfen neu ein- gestellte und daher ungelübte Arbeitskräfte bei höherer Bezahlung Verwendung gefunden haben. Dadurch fühlen sich die älteren, schon seit Jahren auf dem Gaswerk beschäftigten Dienarbeiter zurückge- drückt. Auch glauben sie ein Anrecht darauf zu haben, daß in dieser Arbeit in erster Linie die schon seit Jahren auf dem Werk im Arbeit stehenden, welche ihre Dienstobliegenheiten stets zur allgemeinen Zufriedenheit erfüllt haben, herangezogen werden. Schon der Um- stand, daß zu diesen Arbeiten größere Vorkenntnisse als an den Horizontalöfen nicht erforderlich sind, veranlaßt die Versammelten, sich der Hoffnung hinzugeben, daß der Herr Direktor Dieckmann Veranlassung nehmen wird, dem ausgesprochenen Wünsche nachzu- kommen und zur Bedienung der Vertikalöfen alte, gediente Dien- arbeiter von den Horizontalöfen verwenden wird.“ — Nachdem noch einige interne Betriebsangelegenheiten besprochen und angezogen wurde, daß es dem Arbeiterauschuss gelungen wird, auch diese wie bisher alle Wünsche der Arbeiter bei der Direktion zur Zufriedenheit der Beteiligten zu erledigen, erfolgte Schluß der gut besetzten Ver- sammlung.

Aus den Stadtparlamenten.

Berlin. Für die Arbeiter der städtischen Wasserwerke sind in der jüngsten Deputations-sitzung, die sich mit der Beratung des Etats befahte, ganz annehmbar Fortschritte hinsichtlich der Ver- kürzung der Arbeitszeit sowie der Vorkürzung erzielt worden. Nachdem in den früheren Jahren die auf Verkürzung der Arbeitszeit hinzielenden Anträge des Genossen Dr. Wegl schlankwegs abgelehnt wurden, ist nunmehr in den Gehmündentag eine weitere Preche ge- legt. Für die bei den Rohrlegungen beschäftigten Maschinenarbeiter wird ebenso wie für die bei der Gasverwaltung mit Rohr- legungen beschäftigten Arbeiter die neu einständige Arbeitszeit eingeführt. Der heute gezahlte Tagelohn wird den Rohrlegern in einem neunstündigen Stundenlohn umgewandelt. Für das Winter- halbjahr, wo bisher schon neun Stunden durchschnittlich gearbeitet wurde, entspricht aus diesem Gehalt eine 11prozente Lohnerhöhung. Dieser Beschluß wird mit dem 1. Dezember d. J. in Kraft treten. Für die anderen im Betriebe der Wasserwerke be- schäftigten Arbeiter gelang es leider noch nicht, den Remittententag durchzusetzen. Ferner wird gemäß den Anträgen Dr. Wenzels für das Wasserwerk Tegel die Padeuerung ausgebaut. Bisher gab es für 50 Arbeiter nur zwei Wadenwanne. Die Badgelegenheit auf dem Werk Friedrichshagen wird ebenfalls vergrößert. Weiter gab es als Badgelegenheit dort nur einen Wasserbad und darunter einen Anzug, so daß die Arbeiter lieber kammig nach Hause gingen. Auf allen Werken soll jedem Arbeiter vor Feierabend wöchentlich einmal Gelegenheit zu einem Bade gewährt werden. Die hierfür erforderlichen 15 Minuten dürfen nicht vom Lohn ab- gezogen werden.

Breslau. In der Stadtverordnetenversammlung vom 29. Oktober stand auch ein Antrag des Magistrats zur Beratung, der sich mit der Ein- führung der Fortzahlung des Lohnes an die Hinterbliebenen ver- storbenen Arbeiter auf ein Vierteljahr befahte. Mit diesem sogenannten G u a d e n a u a r t a l hatte es folgende Bewandnis: Wenn schlagungs- weise in einem Jahre (hochgerechnet 20) versorgungsberechtigte Ar- beiter starben, die einen Monatsdurchschnittslohn von 120 Mk. be- zogen haben, so ergibt sich eine Jahresleistung von 20 x 3 = 120 200 Mk., welche sich auf die gesamten Betriebe verteilen würde. In ein, zwei Jahren sollte bisher auch schon ein gewisser Lohnbetrag an die Hinterbliebenen weitergezahlt, so daß die angeführte Ausgabe nicht einmal voll als Mehrgabe gelten kann. Der Beschluß lautet nunmehr: Den Hinterbliebenen städtischer Arbeiter soll der Lohn des Verstorbenen noch für drei Monate, vom Tage nach dem Tode ab, gütigweise gewährt werden, falls der Arbeiter sich 10 Jahre und länger im Dienste der Stadt Breslau befand. Die Verrechnung des Gnadenvierteljahres erfolgt nach dem Durch- schnittslohn der letzten drei Monate, in denen er voll erwerbsfähig war. Bei Arbeitern, deren Lohn infolge Afford oder Saisonarbeit stark schwankt, können die Verwaltungen für den Durchschnitts- lohn einen größeren Zeitraum wählen. Bei Verrechnung des Durchschnitts- lohn entgangener Arbeitsverdienst für die Zeit unbeschäftigter Arbeits- hinderungen zu berücksichtigen. Stirbt ein Arbeiter, der erst fünf und mehr, aber weniger als zehn Jahre im Dienste der Stadt Breslau steht, so sollen seine Hinterbliebenen das letzte Durchschnitts- lohn nur für zwei Monate vom Tage nach dem Tode ab erhalten. Bei Verrechnung des Gnadenvierteljahres für Hinterbliebene

von Arbeitern, die bereits eine städtische Rente auf Grund des Gemeindefonds beziehen, tritt an Stelle des Durchschnittslohnes die letzte Monatsrente. Nach Ablauf der oben gedachten Fristen von zwei bzw. drei Monaten tritt die Anwartschaft auf Pensions- und Waisengeld ein. — Wenn hierdurch auch noch nicht ideale Zustände geschaffen sind, so können immerhin noch eine große Anzahl Stadtgemeinden davon lernen. Für die Breslauer Kollegen aber erwächst die Pflicht, danach zu streben, daß die Dienstjahre, welche als Voraussetzung gelten reduziert werden, damit nicht diese Einrichtung für die meisten Kollegen als Traumbild erseheint.

Krautkorn a. M. Die Stadtverordnetenversammlung nahm einen sozialdemokratischen Antrag an, der bestimmt, daß vom 1. April 1909 ab für alle städtischen Arbeiter die neunmündige Arbeitszeit eingeführt wird. Ferner sollen die städtischen Arbeiter nach einjähriger Beschäftigung bei der Stadt das Wahlrecht zum Arbeiterauschuss besitzen. Der weitere Antrag, den Mindestlohn von 3,40 M. auf 4 M. zu erhöhen, wurde abgelehnt. Siehe hierzu die Artikelserie über die „große“ Reform in Nr. 45 bis 47 der „Gew.“.

Wieschen. Die Stadtverordneten ermächtigen einstimmig den Oberbürgermeister, Vorkehrungen gegen die Arbeitslosigkeit zu treffen; Löhne und Arbeitszeit sollen wie im Vorjahre gehalten werden. Einer Mittelbewilligung bedürfte es vorläufig nicht, da die Stadt noch innerhalb schon bewilligter Kredite reichlich Arbeit zu vergeben hat.

Aus unserer Bewegung.

Magdeburg. Auf der hiesigen Elektrizitätszentrale ereignete sich am 10. November ein betrübender Unglücksfall, dem leider sechs unserer Arbeitskollegen zum Opfer fielen. Die Namen der Kollegen sind: Hegebarth, Thomas, Scholle, Dickmann, Prothban und Boroniad. Das Plagen eines Siederohres im neunten Stiefel gab den Anlaß zu dieser verhängnisvollen Katastrophe. Alle Kollegen trugen Verletzungen im Gesicht und an den Händen davon, Hegebarth und Dickmann noch Verbrühungen an den Beinen. Seitens der Verwaltung wird der Versuch gemacht, den Tatbestand zu vertuschen. Der Unglücksfall soll an einem erst seit 14 Tagen in Betrieb befindlichen Stiefel passiert sein. Dies trifft aber nicht zu. Der Stiefel ist schon seit ca. 7 Jahren, und nach der letzten Reinigung schon 6-7 Wochen im Gebrauch. Was welchem Grunde man diese Angaben gemacht hat, muß Befremden erregen. Der sollte die Verwaltung nicht davon informiert sein? Schon zu wiederholten Malen haben unsere Kollegen auf verschiedene Mängelstände aufmerksam gemacht. Hatte man sich entschlossen, dem zu entsprechen, so wäre vieles anders. Am Tage verlagte darauf wieder das elektrische Licht, so daß in einzelnen Teilen von Magdeburg, besonders aber in den Vorstädten, eine ägyptische Finsternis herrschte. Das ist nicht das erste und auch nicht das letzte Mal sein wird, unterliegt für den Eingeweihten keinerlei Zweifel. Vernehmungen auf die Inbetriebnahme der neuen Zentrale werden ebenso wirkungslos bleiben, bis man sich nicht entschließt, referierend an Haupt und Gliedern dieses Verwaltungsweges zu wirken. Ausreichende Arbeitskräfte fehlen in allen Wäden. Das Heberstandnenunwesen ist in höchster Blüte, wo andere Betriebe die Arbeitszeit verkürzen und die achtstündige Schicht einführen! Reparaturschlösser sind anscheinend überflüssig. Es wird daher notwendig sein, daß man in dieser Beziehung etwas mehr Verständnis für Arbeiterfragen an den Tag legt. Bekanntlich wird ja der Vorname erst dann zugesetzt, wenn das Stund hinzugefallen ist. Jedenfalls wird man aus Anlaß dieses Unglücksfalles mehr Bedacht auf die bisher nur nebenbei behandelteten Fragen einer vernünftigen Arbeiterpolitik legen müssen. Ob die Ursachen dieser Katastrophe auf fehlerhaftes Material zurückzuführen oder darin zu suchen sind, daß Siederohre verstopft waren, kann erst nach Kenntnis der am Nachmittage des Unglückesges am gestrigen Abend festgelegt werden. Es wäre jedenfalls auch an der Zeit, daß man ständischerseits dazu übergeht, Heilgehilfen anzustellen, oder wenigstens einige Kollegen im Samariterdienst auszubilden zu lassen, die bei derartigen Vorkommnissen unverzüglich die erste Hilfe bei Unglücksfällen leisten, und nicht erst die Verletzten auf die Samariter der Feuerwehre angewiesen sind.

Waveruth. Am Sonntag, den 8. November, nachmittags 2 Uhr, fand in der Kattkellerei eine allgemeine Versammlung statt, in der Genosse Dugel über die Pensionsverhältnisse der städtischen Arbeiter referierte. Die Versammlung war sehr gut besucht. In der vorigen Woche hatte sich der Magistrat mit der Pensionsklasse der städtischen Arbeiter beschäftigt, indem sich Herr Rechtsanwalt Meiler sehr günstig darüber äußerte. Wir hatten voriges Jahr dem Magistrat eine Forderung eingereicht, in der wir auch den Differenzbetrag zwischen Lohn- und Strafenlohn forderten. Drei Punkte wurden damals genehmigt, und für den Differenzbetrag sollte die Pensionsklasse nach Münchener Muster eingeführt werden. Wir richteten aber das Ersuchen an

das Kollegium, sie möchten die Pensionsbestimmungen nach nicht nach Münchener Muster, sondern nach einem besseren Vorbild errichten. Nun hat sich der Magistrat beuer immerhin etwas besser gezeigt und beschlossen, den Antrag zur Pensionsklasse von 1/2-1/2 Proz. des Dienstverdienens festzusetzen. Erhalten sollen Ledige bei zehnjähriger Dienzeit 30 Proz. und Verheiratete 40 Proz. des Dienstverdienens und jährlich steigend 1 Proz. bis zum Höchstbetrag von 80 Proz. Auch soll die Hinterbliebenenversorgung mit eingeführt werden. Ein Rechtsanspruch soll mit in das Statut eingetragen werden. Die Versammelten hatten gegen die Ausführungen nichts einzuwenden. Der Referent richtete noch einen kernigen Appell an die Kollegen, durch festen Zusammenhalt ihre Lage zu verbessern. Einige Kollegen traten dem Verbands bei.

Berlin. Die Kollegen des städtischen Kohlenplatzes waren am Sonntag, den 8. November, ziemlich vollständig versammelt, um Näheres über den Erfolg ihrer letzten Eingabe zu hören. Stadt. Gen. Voigt teilte mit, daß die Deputation die Anträge auf Verkürzung der Arbeitszeit und Einführung von Wochenlöhnen sowie fünfjähriger Lohnskalen zurückgestellt habe, bis sich die eingekerkerten Kommissionen darüber schlüssig set. Die Vergrößerung und Verbesserung des Unterkunftsraumes auf dem Kohlenplatz ist beibehalten und wird hoffentlich bald den Anforderungen entsprechend ausgeführt werden. Bezüglich der Beschaffung von Unterkunftsräumen auf dem Schöneberger Bahnhof und dem Mohlenbahnhof Wedding wird die Subkommission und andere Interessenten mit dem Eisenbahnministerium darüber in Verbindung treten. Es ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß auch hier Wandel geschaffen wird, wenn auch bei dem Schneidengang, welcher in solchen Fällen beim Risiko üblich ist, noch einige Zeit darüber vergehen wird. Jedenfalls sind die jetzigen Zustände unhaltbar und es muß für Unterkunftsräume auf den Bahnhöfen gesorgt werden. An Wäsen und Initiativen der sozialdemokratischen Stadtverordneten fehlte es nicht. — In der Debatte wurde noch der Antrag zur Sprache gebracht, daß die Arbeiterbewegung häufig zur Bahn geschickt werden, in der Annahme, daß avisierte Kohlen angekommen sind. Tritt aus irgendwelchem Grunde eine Verkürzung der Tage ein, so müssen die Arbeiter oft drei bis vier Stunden und noch länger warten, ohne für diese Zeit irgendwelche Lohnabzahlung zu erhalten. Auch sind bis jetzt für die Kohlenarbeiter die so dringend notwendigen Regenpelmen, die in anderen Betrieben schon längst als zweckmäßig und unentbehrlich angesehen sind, nicht angekommen. Es wurde der Wunsch ausgedrückt, daß es unseren Vertretern in der Deputation gelingen werde, diese Wünsche zur Durchführung zu bringen. — Genosse Hoffmann wies darauf hin, daß die Kollegen auch ihrerseits noch vieles zur besseren Anerkennung ihrer Wünsche und Forderungen tun könnten, wenn jeder für den Anschlag an den Verband und besseren Verhältnissen sorgen würde. Meinungsverschiedenheiten und Differenzen können überall vorüber die gewerkschaftlich und politisch organisierten und gezielte Arbeiterbewegung hat erkannt, daß nur durch Organisation und Solidarität bessere Verhältnisse zu erringen sind. Zum Schluss erklärte der Vertrauensmann, Kollege Wolltra, noch einen lebhaften Appell an die vom besten Geiste behellete Versammlung.

Breslau. In der Zeit vom 27. bis 31. Oktober fanden für einzelne Arbeitsbetriebe Versammlungen statt. Der Verlauf der einzelnen Zusammenkünfte war durchgehend ein glücklicher. Es muß dieses um so mehr wunderbar herrschen, als in nicht allzu langer Zeit im Stadtparlament die Beratungen über den nächstjährigen Haushaltsplan zu erwarten sind, und es daher sehr an der Zeit wäre, heran Stellung zu nehmen. Da für die nächsten Wochen wieder Verhandlungen anberaumt werden, so hoffen wir, daß die Kollegen diese Beratungen mehr Aufmerksamkeit widmen wie bisher. Alle diebezüglichen Beschlüsse werden durch Handzettel.

Dresden. Die Laternenwärter hielten am 8. November eine Versammlung ab. Zur Tagesordnung stand der Bericht des Arbeiterauschusses von der letzten Sitzung, den der Berichtende erstattete. Wie in den übrigen städtischen Betrieben, so ist auch hier ein positiver Resultat nicht erzielt. Der Stadtrat Dr. Fechner, als Vertreter des Rates, verhandelte sich hinter der angeblich schlichten Zusammenkunft, zog die gegenwärtig bestehende Ueberfüllung des Arbeitsmarktes mit heran, und im übrigen hätten ja die Laternenwärter alle Jahre eine Verbesserung ihrer Löhne erhalten. An den Bericht knüpfte sich eine erregte Debatte. Es war überhaupt viel Hindernis vorhanden, da bekannt geworden war, daß einige Laternenwärter mit der Gründung eines Kolalervereins schwärzen gingen. Das vorzeitige Bekannwerden ihres löstlichen Zusammenschlusses den Herren arg wider den Strich zu gehen. Nach Frechler gestellte Forderungen das Verhalten der betr. Laternenwärter, und sei es, daß nur durch gemeinsames, geschlossenes Vorgehen ein Erfolg zu erzielen sei. Der Gemeindefachverband wurde es sich nicht nehmen lassen, nach wie vor in die Interessen aller städtischen Arbeiter einzutreten und schließlich geboten doch auch die Laternenwärter zu den städtischen Arbeitern. Seine Ausführungen lösten den Vorfall der Wehrheit und es zeigt dies, daß die Zentralbehörde einiger Genossenschaftliche Zumpathie findet. Aufgabe der organisierten Kollegen wird es sein, energisch für die Organisation einzutreten. Die Verhältnisse der

Patronenwörter könnten um vieles besser sein, wenn unter ihnen mehr Gültigkeit herrschte. Das müßte sich jeder überlegen und danach handeln.

Tresden. Für die Wasserwerksarbeiter fand am 9. November eine Versammlung statt. Der Arbeiterschuß berichtete über die gemeinsame Sitzung mit dem Betriebsamt und dem Stadtrat Dr. Dehne als Vertreter des Rates. Verhandelt wurde über die Anträge der Arbeiter auf Erhöhung der Löhne und Entzählung der neunstündigen Arbeitszeit. An Stelle einer Lohnerhöhung will das Betriebsamt Staffellöhne einführen, wahrscheinlich 35 bis 40 Pct., und sogenannte Funktionszulagen gewähren. Von der neunstündigen Arbeitszeit soll vor der Hand Abstand genommen werden. An diesem Punkt knüpfte sich eine längere Debatte, in welcher stoll. Brechler das Verhalten der Betriebsleitung und des Stadtrats Dr. Dehne ins rechte Licht rückte. Es zeigt sich eben, daß die Stadt, gleich wie jeder Privatunternehmer, aus der schlechten Lage des Arbeitermarktes Profit zu ziehen sucht. Bei dem bekannten „sozialpolitischen Verständnis“ der Tresdener Stadtverwaltung ist das nicht weiter verwunderlich. Es wurde ferner ausgeführt, daß die Funktionszulagen sich zu einem festen Einkapitel gestalten werden. Schon jetzt führt das Budgetgeld zu Differenzen. Wenn Betriebsamt besteht noch der Brauch, an Sonnabenden nur eine halbe Stunde Mittagspause zu machen. In der Arbeitsordnung jedoch steht, daß stets eine ganze Stunde Mittagspause sein soll. Jedenfalls handeln hier auch die unteren Beamten nach dem Sprichwort: „Der Himmel ist hoch und der Jar ist weit.“ Dem Arbeiterschuß wurde aufgegeben, bei passender Gelegenheit diese Dinge zur Sprache zu bringen.

Die Wasserarbeiter hatten ihre Betriebsversammlungen in voriger Woche; beide Werke gefordert. Auch hier erstattete der Arbeiterschuß Bericht, nachdem Kollege Freißler über die fortschreitende Entwicklung in der Gaserezeugung gesprochen hatte. Hierbei konnte er mit Zahlen beweisen, daß die Gasanstalten sich von Jahr zu Jahr rapid entwickeln und immer höhere Hebereschüsse dem Stadtbüchel gebracht haben.

Plattling. Erschien da kürzlich in der Provinzpresse ein Inserat, es sollten sich alle „indotorganierten“ Staatsarbeiter als Wasserbau-, Wildbachverbauungs-, Ackerarbeiter und auch Postkellner zwecks Gründung eines „eigenen Verbandes“ an die Adresse eines bestimmten Arbeiters in Plattling wenden. Auf den ersten Blick bin konnte die Sache als eine unglückliche Vereinsmeierei erscheinen; allein der Mächtige wußte, erkannte ohne weiteres, daß hier in verbotener Form für den deutschen Verband mit dem langen Namen und den vielen „Unterabteilungen“ die Wege geebnet werden sollten. Natürlich war das „Geheimnis“ bald gelüftet und man erfuhr, daß am Sonntag, den 8. November, in Plattling eine Versammlung stattfinden sollte, bei der Herr Mannheimer mit uns Mäandern sprechen sollte. Innerhalb verlämpfte sich das Wesen dieses Herrn ganz bedeutend, als zu dieser Versammlung auch in dem nach. Wieviel ein Vertreter des freien Verbandes der Gemeinden und Staatsarbeiter erklären. Der dänische Vertreter sprach von Gründung eines „Wasserbau- und Ackerbauverbandes“ bei einem Vorschlag von 10 Pfennigen. Möll, Weigel hat in der Zeitungen dem christlichen Referenten entgegen. Er schilderte die mißlichen Verhältnisse der Wasserbauarbeiter bezüglich der Arbeitszeit, Lohn und Altersversorgung und forderte — wiederholt vom Rat der Versammlung unterbrochen — die Versammelten auf, die Monarchen zu geben und dem freien Verbande der Gemeinden und Staatsarbeiter beizutreten. Der christliche Referent hatte auch in seinem Schlußwort kein Glück. Denn es schenkte ihm niemand mehr Gehör. Doch ließen sich sofort eine Anzahl Wasserbauarbeiter in unsern Verband aufnehmen.

Rundschau.

Aus dem Reichstag. Wir haben ernste Zeiten. Zu den Schäden der noch immer mit unverminderter Stärke einwirkenden Wirtschaftskrise gesellte sich nun auch noch die unerreichte politische Krise, über deren Wirkung man allerdings verschiedene Meinungen sein kann. Unsere in voriger Woche ausgesprochene Erwartung, daß die bürgerlichen Parteien zu irgendwelchen Abstimmungen nicht kommen würden, hat sich inzwischen als richtig erwiesen. Wohlpartei wie Zentrum mochten den Zweinrentner Bülow nicht fallen lassen und nur die Vertreter der Sozialdemokratie, Zinger und Heine, forderten kategorisch Abdankung, sowie Umänderung des jetzigen halbparlamentarischen Systems in ein wahrhaft parlamentarisches, wie es England, Frankreich, Italien usw. längst besitzen. Aber der jetzige Reichstag erwies sich als unbrauchbar, dem Willen des gesamten deutschen Volkes Ausdruck zu verleihen und der große Moment fand ein kein Glück. Nicht einmal eine Ministerkrisis brachte man zustande und so wird wohl an höchster Stelle im bisherigen Ziele weiter verjagt werden, um Hinzuziehen, bei Jagd, Kalkül und sonstigen Vorkommnissen. Das mag zwar den lokalen Untertanen in gegenwärtiger Zeit viel betrüblich erscheinen, für uns bilden diese Vorgänge höchstens eine Verhängung dessen, was im Prinzip längst unüberwindbar war: nämlich die Schwächen des persönlichen Regiments. Wer die Charaktereignung des

Abg. Heine mit Aufmerksamkeit gelesen hat, der sagt sich unwillkürlich: Wann wird der nächste „geniale“ Regierungswahl unsere Situation weiter verschlechtern? Der Humor an der Sache ist, daß die „Krisis“ nur deswegen noch nicht überwunden ist, weil Bülow auf die scharfen aber treffenden Ausföhrungen Heines nicht geantwortet hat oder nichts zu antworten wußte. Das soll an „höchster“ Stelle verknüpft haben. Schreibt doch selbst das „Berl. Tagebl.“: „Die politische Situation ist andauernd vollkommen unklar, da — trotz aller schönen Reichstagsreden — der Wille eines einzelnen in Deutschland nach den Ausschlag gibt und da niemand mit Genugtuung sagen kann, was dieser einzelne, nämlich Wilhelm II., in diesen Augenblicke beabsichtigt und denkt. Es macht den Eindruck, als ob der Kaiser die Tragweite der gegenwärtigen Bewegung noch nicht recht begriffen habe, und als ob er sich durch den sehr unzeitgemäßen „Volksjubel“, der von einem byzantinischen Böbel auch in diesen Tagen auf seinem Wege inijeriert wird, beeinflussen und täuschen läßt. Sicher ist nur das eine: die Stellung des Fürsten Bülow muß für im höchsten Grade bedroht gelten.“ — Nun, und wird es nicht weiter aufregen, ob Bülow bleibt oder geht, ob ein General oder ein „Diplomat“ sein Nachfolger wird. Die Politik der Arbeiterklasse hängt nicht an Personenfragen, sondern an Prinzipien. Und in bezug auf die Befamntgabe unserer prinzipiellen Stellung zum persönlichen Regiment werden die in den letzten Tagen allerorten abgehaltenen Volksversammlungen sowie die in Verlage der „Vorwärtsbuchhandlung“ demnächst erscheinenden stenographischen Reichstagsverhandlungen ihre Wirkung sicher nicht verfehlen. — Inzwischen hat sich der Reichstag u. a. mit den Vergarbeitern befaßt und die Genossen Sache und Hue konnten das neue grauenhafte Gruben-unglück auf der Grube „Maddob“ gleichzeitig in das Verzeichnis ihrer Betrachtungen ziehen. Eine blutige Illustration zu den zahllosen Missetaten, unter denen die modernen Vergiftungen leiden. Über 340 Arbeiter gelten als tot und von den 35 Schwerverletzten wird auch nur eine kleine Anzahl mit dem Leben davon kommen. Die Erbitterung der Bevölkerung über die skrupellose Profitmacherei, die darüber die längst verlangten Arbeiter- und Arbeiter- Einrichtungen verabsäumt, ist enorm. Prinz Eitel Friedrich, der sich an Ort und Stelle begeben, hat hoffentlich seinem Vater — dem Kaiser — berichtet, was er von der tausendköpfigen Menge und später von der Arbeiter-Deputation unverblümt vernahm: die Forderung nach einem Reichsberggesetz, nach Arbeiterkontrollen und der größten Arbeiter- und Arbeiter- Einrichtungen. Für die gesamte Bergbauindustrie aber muß diese bis jetzt größte und schrecklichste Vergiftungstrophie ein erneuter Anstoß sein, mit vereinter Kraft die gesellschaftliche und politische Organisation auszubauen und so unseren Einfluß zur Geltung zu bringen, damit derartigem Spiel mit Menschenleben durch hinreichende Schutzmaßregeln vorgebeugt werde. — Am Freitag und Samstag der vergangenen Woche hatte der Reichstag eine interessante sozial- und wirtschaftspolitische Debatte über die herrschende Arbeitslosigkeit. Besonders die treffenden Ausführungen unseres Genossen Wolfenbühler sind hoffentlich von den Kollegen mit Interesse verfolgt worden. Aber dieser Reichstag wird es auch hierin schwerlich zu Taten bringen. Und will man in fernsten Zeiten einmal eine Sache als unfruchtbar, nutzlos und talentlos bezeichnen, so braucht man nicht mehr das Wort: „travailler pour le roi de Prusse“ für den König von Preußen arbeiten, anwenden, sondern es genügt zu sagen: „Arbeiten wie der deutsche Blochreichstag.“

Berliner Galtbeit. Wie der „Vorw.“ mitteilt, ist eine Magistratsverfügung an die Verwaltungen ergangen, nach welcher die Kolonnenarbeiter bei den Rohrlegungsarbeiten der Gas- und Wasserwerke die neunstündige Arbeitszeit erhalten sollen und zwar, wie man hinzuzufügen sich nötig hält, ohne den früher verdienten Lohn zu schmälern. An sich ist diese Maßnahme zu begrüßen; stellt sie doch einen Erfolg des Strebens unserer Organisation dar. Unverständlich bleibt aber, weshalb die Verlängerung der Arbeitszeit nur den Kolonnenarbeitern zuteil werden soll. Es drängt sich die Frage auf, wo die Verlängerung der Arbeitszeit für die anderen Arbeiterkategorien bleibt. Davon verlannt nichts, obwohl der Magistrat für obenbezeichnete Verfügung sich die kürzlich in unserem Volksorgan angeordnete Begründung zu eigen gemacht haben soll. Die Jubelfeier der Städteordnung nämlich. Es scheint aber, als ob nur die Kolonnenarbeiter an der Feier teilnehmen sollen; das wäre doch merkwürdig! Oder will Magistrats nur teilsweise seine Gaben austreten? Welcher Grund dazu vorliegt, ist dunkel. Jedenfalls heißt es jetzt, die Monarchen ziehen; denn sonst konnte belagte Verfügung das Gegenteil von Beurlaubung bei den habsburgischen Arbeitern auslösen. In vorstehenden Ausführungen wird uns noch von gut unterrichteter Seite mitgeteilt, daß tatsächlich würdige Jubiläumsfeier bei der Magistratsverleihung eine Rolle gespielt hat, nur hat man nicht einmal die Hälfte von dem demagogischen, was wir forderten: Lohnkommunen-Reinigungsbeitrag für alle Prämien städtischen Arbeiter, Nachkündentag für Zucht,

arbeiter, generelle Arbeitsordnung, kurz: die von unsern Berliner Kollegen seit Jahren erhobenen Forderungen. — Nun wird weiter gemuntert, daß auch die Berliner Revier-Inspektionen am 1. Dezember den diesbezüglichen Forderungen zustimmen sollen. Warum? Sollten wir einem Kollegen, man mag ihn ganz ruhig sagen, nicht danken, daß die Staatshausverwaltung eigentlich nichts verlangt, sondern den beteiligten Departementen die entsprechende Vollbefugnis überläßt. Das hätte nun wie nicht bei der Hausverwaltungsdemokratie zur Annahme der magistratsmäßig „vorgereichten“ Arbeitsverpflichtung mit einer Stimme Konsens. Wir wissen längst, daß manche Demonstrationen noch viel schändlicher sind, wie der Magistrat — was wir sagen will! Das weiß übrigens der Magistrat auch. Warum gefährdet er seine eigenen Hände? Will der Magistrat wirklich etwas Gediegenes als Jubiläumsgeschenk der 100jährigen Stadtverordnetenversammlung, so soll er die Forderungen unserer Berliner Kollegen aufgreifen und in der seit langen angeforderten Magistratsvorlage dem Stadtverordneten Kollegium unterbreiten. Die hunderttausend Arbeiter Berlins, die ganze redlich denkende Bevölkerung würde dem Magistrat dankbar sein!

Zuerst sind die einheimischen Arbeiter einzustellen. Der Gemeinderat in Stuttgart hat neue hässliche Zahlenbestimmungen aufgestellt, wonach die Lohnsummen vermindert werden, nämlich Arbeiter einzustellen, die in und um Stuttgart anständig sind, ausländische Arbeiter nur dann genommen werden, wenn keine einheimischen Arbeiter mehr vorhanden sind.

Ein bedeutender sozialpolitischer Fortschritt ist der Abbruch des alten in Berlin und den Vororten Charlottenburg, Schöneberg, Wilmersdorf und Friedenau, der am 1. November dieses Jahres in Kraft getreten ist. Ausgenommen ist die Zeitungsdruckerei des Sonntags und an den Tagen vor den hohen Feiertagen. Inwieweit diese Beschränkung werden nach § 106a der Reichs-Verordnung mit Gehör bis zu 600 Mt., im Falle, mochten sie mit entsprechenden Maßnahme. Der neue Wahlverordnungen v. Stuttgart auch bezieht sich bei dieser Verordnung übertragen fortgeschritten wie der Berliner Magistrat. Der letztere wollte eine Anzahl Maßnahmen zulassen, die aber in einfacher Weise nicht genehmigt sind.

Die abgehackte Hand. Nachdem die Anlage des Metallarbeiter-Verbandes gegen die Stadt Breslau auf Schadenersatz für seine ihm bei dem Brandfall auf dem Zingstener Platz am 19. April 1908 abgehandene Hand vom Reichsgericht dem Grunde nach als berechtigt erklärt worden war, ist jetzt in der ersten Instanz die Entscheidung über den Schadenersatz gefallen. Die stammende Erklärung dem Kläger folgende Entscheidung zu: Für die ersten acht Wochen 112,80 Mt., für die folgenden Jahre eine sich abmindernde Rente, und vom 19. April 1911 ab eine dauernde Rente von 187,25 Mt. vierteljährlich, ferner 1500 Mt. Schmerzensgeld. Außerdem wurde der Stadt die Verpflichtung auferlegt, die Kosten für die notwendigen werdenden Reparaturen und Erneuerungen der künftlichen Hand zu tragen. Die Kosten des Rechtsstreites werden halbiert.

Eingegangene Schriften und Bücher.

„Kommunale Praxis“, Seite 41 und 45. Aus dem reichhaltigen Inhalt derselben heben wir folgende längere Artikel besonders hervor: Der Achtstundentag in den Gemeindebetrieben von Emil Tittmer. Die Toiletanlage von Edmund Hücher. — Auf zum Protest wider die geplante Gas und Elektrizitätsteuer. — Zur Frage der Arbeitslohnzahlung. — In vielen kleineren Artikeln werden Angelegenheiten behandelt, welche die in der Gemeinde tätigen Genossen lebhaft interessieren. Der Preis beträgt pro Quartal 3 Mt. Wer die „Kommunale Praxis“ noch nicht kennt, verlange kostenfrei Zusendung einer Probenummer vom Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Die Neue Zeit. Wochenchrift der deutschen Sozialdemokratie. Verlag: Paul Singer in Stuttgart. Heft 5 u. 6 vom 27. Jahrgang. Preis pro Heft 25 Pf., pro Quartal 3,25 Mt.

Gleichheit. Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen. Verlag: Paul Singer in Stuttgart. Nr. 2 des 19. Jahrgang. Preis pro Nummer 10 Pf., pro Quartal 55 Pf., unter Kreuzband 85 Pf., Jahresabonnement 2,60 Mt.

Der Wahre Jakob. Erscheint alle 11 Tage. Verlag: Paul Singer, Stuttgart. Nr. 22. 25. Jahrgang. Preis der Nummer 10 Pf., bei Postbezug pro Quartal 65 Pf.

„In Freier Stunden.“ Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Seite 43 und 44. Jede Woche erscheint ein Heft zum Preise von 10 Pf. Jeder Parteimitglied, jeder Parteimitglied nimmt Bestellungen entgegen.

Englische soziale Selbstverwaltung und ihre Erfolge. Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Diese Broschüre gibt einen Vortrag wieder, den der Londoner Graf

Baron von Gericke in Berlin gehalten hat. Die Grundlage auf die demokratische Grundlage der Selbstverwaltung englischer Gemeinwesen ist durchaus geeignet, die Zusammenhänge zwischen den einzelnen Elementen in den kleinen und kleinen Gemeinden zu beleben und zu klären. Preis der Broschüre 30 Pf. In guter Ausstattung 75 Pf. Zu beziehen durch alle Parteimitglieder, Parteimitglieder und Buchhandlungen.

Jahrbuch des Zentralverbandes deutscher Kommunistenvereine 1908. Bd. 1 und 2. Preis 9 Mt. Verlagsanstalt des Zentralverbandes deutscher Kommunistenvereine. Hamburg, Rosenstraße 32.

Woll man die fertige Ausbreitung des deutschen Kommunismus aufmerksam verfolgen, so ist das nun zum zweiten Mal erscheinende Jahrbuch ein vorzüglicher Begleiter und Mitgeber. Wir haben uns im vorigen Jahr bei der Besprechung in Nr. 27 der „Gew.“ ausführlich über Theorie, Stand und Verhältnis der Genossenschaften zu den Gewerkschaften verbreitet. Fortgesetzt werden wir auf die Bedeutung des Genossenschaftswesens hin, zu werden unsere Leser wesentlich mehr und mehr dazu übergehen, die notwendigen Maßnahmen aus diesen Zusammenhängen zu ziehen und selber teilnehmen an der weiteren Ausgestaltung der deutschen Genossenschaften. Um aber in eine Propaganda einzutreten zu können, muß man von allen Vorzügen auf diesem Gebiete möglichst gut unterrichtet sein. Dazu bietet das Jahrbuch die beste Gelegenheit. Lesenswerten insbesondere unsere Filialbibliotheken für Ausbreitung desselben Sorge tragen.

England und Deutschland. Von Prof. Dr. v. Schulze-Gävernitz. Buchverlag der „Globe“, Berlin Zionsberg. In dieser 70 Seiten starken Broschüre wird an der Hand zahlreicher Beispiele eine Gegenüberstellung der verschiedenen Wirtschaftsverhältnisse Deutschlands und Englands gezeigt. Der Verfasser glaubt, daß die Klasse der deutschen Arbeiter die maritime Machtstellung mit gegenwärtig durch den Einfluß der Sozialdemokratie ableitet. Reicher oder armer müsse gerade für Gewerkschafter der Tag kommen, so werden, daß ein europäischer Friedensstand wahrengeheime Wärme voraussetzt, die sich gegenwärtig nicht, weil fürchten. Diese Auffassung können wir ganz und gar nicht teilen. Welche Erkenntnis uns der „bewährte Friede“ als ein ganz gefahrlos übertragbar! Erst die Ausbreitung der internationalen Arbeiter-solidarität, die Schaffung von internationalen Institutionen und die Einführung demokratischer Gewerkschaftsformen wird uns den Frieden gewährleisten. Das verlangt aber einzig die deutsche Sozialdemokratie.

Totenliste des Verbandes.

Albert Effig, Stuttgart † 20. Oktober 1908 im Alter von 45 Jahren.	Gustav Homm, Berlin † 7. November 1908 im Alter von 61 Jahren.
Carl Hontbrin, Hamburg † 30. Oktober 1908 im Alter von 35 Jahren.	Berta Herken, Heidelberg † 10. November 1908 im Alter von 27 Jahren.
Karl Bergmann, Jwirkau † 12. November 1908 im Alter von 61 Jahren. Schre ihrem Andenken!	

Der

Notiz-Kalender

für

Gemeinde- und Staatsarbeiter

. für das Jahr 1909 .

zum Preise von 50 Pfg.

ist soeben erschienen. Inhalt und Umfang sind gegen das Vorjahr erweitert. Bestellungen wollen die Kollegen bei ihrer Filialleitung machen. Der Verbandsvorstand.

Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Preis pro Nummer 10 Pf., pro Quartal 55 Pf., unter Kreuzband 85 Pf., Jahresabonnement 2,60 Mt.